



ANTRÄGE

ZUR BUNDESKONFERENZ

**DER ARBEITSGEMEINSCHAFT
SPD 60 PLUS**

WOHNEN. LEBEN. WÜRDE.

**VOM 04.-05. OKTOBER 2017
IN WOLFSBURG**

60PLUS.SPD.DE

Die Antragskommission tagte am 29. August 2017 von 11.00-16.00 Uhr im Willy-Brandt-Haus unter der Leitung von Jürgen Rischar zu den fristgerecht eingegangenen Anträgen für die AG SPD 60 plus Bundeskonferenz 2017 in Wolfsburg. Die Antragskommission legt hiermit ihre Beschlussempfehlungen vor.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender der Antragskommission: Jürgen Rischar

Vorsitzende der AG SPD 60 plus: Angelika Graf

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Bayern	Kitty Weiß
Bezirk Nord-Niedersachsen	Jürgen Möller
Bezirk Hannover	Klaus Kaiser
LV Nordrhein-Westfalen	Ulrich Knab
LV Brandenburg	Frank Kupferschmidt
LV Rheinland-Pfalz	Hans Schäfer
LV Schleswig-Holstein	Hans-Peter Iversen
LV Baden-Württemberg	Marga Elser
LV Thüringen	Wolf-Dietrich Waack

Die Beschlussempfehlungen der Antragskommission findet Ihr bei jedem Antrag vermerkt.

Änderungsempfehlungen sind direkt in den Antragstexten ergänzt: Vorgeschlagene Streichungen finden sich als durchgestrichene Worte bzw. Text. Vorgeschlagene Ergänzungen finden sich fett und unterstrichen im jeweiligen Antragstext.

Inhaltsverzeichnis

ALTERSSICHERUNG UND RENTE	4
AR 01 Alterssicherung	5
AR 02 Anhebung der Grundsicherung.....	7
AR 03 Altersrente als Erwerbstätigenversicherung	8
AR 04 Stärkung der umlagefinanzierten Rente	8
AR 05 Antrag Kurswechsel.....	9
AR 06 Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten	10
AR 07 Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten	11
AR 08 Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme der DDR...	11
AR 09 Renten- und Altersversorgung	12
AR 10 Rente	13
AR 11 Reform der Altersrente.....	15
PFLEGE UND GESUNDHEIT	16
PG 01 Betriebliche Altersversorgung.....	17
PG 02 Gemischte Pflegearrangements	18
PG 03 Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation	18
PG 04 Igel-Leistungen	22
PG 05 Engpass bei Medikamenten	23
PG 06 Multiresistente Keime	23
PG 07 Pflegeberufegesetz.....	25
PG 08 Apotheken-Versandhandel	26
PG 09 Lehrstuhl für Altersmedizin.....	27
PG 10 Die Kranken- und Pflegeversicherung ist in ihrem gesamten Wirkungsbereich dringend zu diskutieren	27
GESELLSCHAFT	28
G 01 Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen	29
G 02 Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen	29
G 03 Verpflichtende Bildungsphase vor der Grundschule	30
G 04 Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der Bildungspolitik.....	31
G 05 Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite in Deutschland	31
G 06 Gewinnverwendung der Sparkassen.....	32

G 07 Vorstandsgehälter in Sparkassen.....	32
G 08 Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen einzusetzen.	33
STEUERN UND FINANZEN	34
SF 01 Gleiche Besteuerung	35
SF 02 Kommunen und demographischer Wandel	35
SF 03 Öffentlicher Personennahverkehr	36
SF 04 Mehr soziale Gerechtigkeit.....	36
SF 05 Gerechtere Erbschaftsteuer.....	37
SF 06 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung.....	37
SF 07 Kommission Vermögenssteuer.....	37
SF 08 Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter.....	38
SF 09 Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung	38
SF 10 Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau	39
SF 11 Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen wie z.B. im Dieselskandal	40
SF 12 Grundfreibetrag.....	40
EUROPA UND AUßENPOLITIK	42
EA 01 Resolution: Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit	43
EA 02 Resolution: Waffenlieferungen.....	45
EA 03 Resolution: In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich handeln.....	46
EA 04 Resolution: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?	48
EA 05 Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland.....	48
WOHNEN	50
W 01 Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren	51
W 02 Bezahlbarer Wohnraum.....	51
ORGANISATION	52
O 01 Prüfauftrag an den neuen Bundesvorstand AG 60 plus	53
O 02 Altern in Würde	53
RESOLUTIONEN	55
Resolution: Altersgerecht Leben	56
Resolution: Rente muss zum Leben reichen	65
Resolution: Forderungen zu einem solidarischen und gerechtem Generationenprojekt.....	66

ALTERSSICHERUNG UND RENTE

AR 01 Alterssicherung

Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg

EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,

- dass das Nettorentenniveau in absehbarer Zeit wieder auf über 50 % angehoben wird.
- dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird.
- dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird.
- dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten, um der Altersarmut zu entgehen.

Private Altersvorsorge

Die SPD muss dafür sorgen,

- dass private Zuzahlungen zur Aufstockung des eigenen Rentenniveaus ausschließlich an die gesetzliche Rentenversicherung zu erfolgen haben.
- dass die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen und Beamten erfolgen soll (Erwerbstätigenversicherung). Ebenso sollen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen zur Beitragsberechnung in der Rentenversicherung herangezogen werden.
- dass die Rentenversicherungsbeiträge wieder paritätisch finanziert werden. Selbstständige zahlen ihre Beiträge analog zur geplanten BürgerKrankenversicherung.
- dass die Beitragsoberbemessungsgrenzen regelmäßig angehoben werden.

Mütterrente

Die SPD muss dafür sorgen,

- dass die Mütterrente unangetastet bleibt und dadurch kein Abzug an der Witwenrente vorgenommen wird.

- 48 • dass die Finanzierung der Mütterrente ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt und
49 nicht mehr zu Lasten der Beitragszahler.

50

51 **Witwen/Witwerrente**

52

53 Die SPD muss dafür sorgen,

54

- 55 • dass keinerlei Anrechnung aus geringfügig entlohnter Tätigkeit (Minijobs bis aktuell
56 450 € pro Monat) auf Witwenrenten vorgenommen wird.

57

58 Begründung:

59 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht für soziale Gerechtigkeit. Die Menschen in
60 unserem Land befürchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriften
61 wird.

62

63 Die SPD und ihre Gliederungen haben deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerinnen und
64 Bürger von Ihrer Arbeit und ihrer Rente leben können. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der
65 Rentenberechnung wird dazu führen, dass die Rente auf 43 % sinken wird.

66

67 Es ist davon auszugehen, dass fast jedem zweiten Bundesbürger, der ab 2030 in Rente geht,
68 eine Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armutsgrenze
69 droht. Beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner wären dann möglicherweise abhängig
70 von staatlichen Grundsicherungsleistungen.

71

72 Die SPD muss ihrer sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht
73 werden und Maßnahmen ergreifen.

74

75 Die Riesterrente ist gescheitert. Es darf zukünftig keine Anreize mehr für eine kapitalgedeckte
76 private Altersvorsorge durch Finanzdienstleister geben.

77

78

79 AR 02 Anhebung der Grundsicherung

80

81 Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg

82

83 EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

84 Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission

85

86 Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes
87 Kapitel) um 25 % (von derzeit 409 EURO Haushaltsvorstand bzw bei Ehepartnern 368
88 EURO). monatlich mindestens 125.- €

89

90 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die
91 Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes
92 Kapitel) um monatlich ~~mindestens 125.- €~~ 25€ einzusetzen.

93

94 Begründung:

95 Altersarmut muss neu definiert und vermittelt werden. Caritative Maßnahmen (z. B.
96 Suppenküchen, Lebensmitteltafeln etc.) müssen caritativ bleiben und dürfen politisches
97 Handeln nicht dauerhaft ersetzen.

98

99 Armutsrente ist ein Symptom der Arbeitsmarktpolitik und betrifft Jung und Alt. Sie beginnt
100 in der Regel beim Eintritt in das Rentenalter, kündigt sich aber schon lange vorher schleichend
101 an. Schuld sind prekäre Arbeitsmodelle mit geringer oder ohne Nachhaltigkeit für die Rente.
102 Dabei ist es nicht von Relevanz, ob diese Arbeitsmodelle im sog. "Niedriglohnssektor" oder
103 im wissenschaftlichen Bereich angesiedelt sind.

104

105 Ältere haben z.T. erhebliche berufliche und private Lebensleistungen erbracht, waren
106 "Wegbereiter" für die nachfolgende Generation und sind – neben den Familien – zweifellos
107 das Herzstück der Gesellschaft. Alle müssen Anerkennung und Wertschätzung in einem
108 auskömmlichen Leben finden – dafür stehen die gesetzliche Rente und die "Grundsicherung
109 im Alter und bei Erwerbsminderung". Ältere 1. und 2. Klasse darf es in unserem Land nicht
110 geben, auch dann nicht, wenn viele von ihrer Rente nicht leben können und auf staatliche Hilfe
111 angewiesen sind.

112

113 Die gesetzliche Rente muss den im Laufe des Erwerbslebens erarbeiteten Lebensstandard
114 sichern, die "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" ist eine ergänzende
115 staatliche Leistung zum Lebensunterhalt, wenn dieser nicht aus Einkommen, Vermögen
116 oder Rente bestritten werden kann. Beide sind tragende Säulen der sozialen
117 Sicherungssysteme unseres Landes und im Laufe von Jahrzehnten hart erkämpfte
118 Errungenschaften deutscher Sozialpolitik, um die uns auch heute Staaten weltweit beneiden.

119

120

121 **AR 03 Altersrente als Erwerbstätigenversicherung**

122

123 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Bayern**

124

125 **Beschlussempfehlung:** erledigt durch Annahme des Antrags AR 01 in der Fassung der
126 Antragskommission

127

128 Die verschiedenen Rentenversicherungsträger müssen zu einer solidarischen
129 Erwerbstätigenversicherung zusammengefasst werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss
130 deutlich erhöht werden. Wir brauchen für alle Erwerbstätigen eine vor Armut schützende
131 Versicherung!

132

133

134 **AR 04 Stärkung der umlagefinanzierten Rente**

135

136 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesorganisation Hamburg**

137

138 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

139 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

140

141 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus möge beschließen:

142

143 ~~Die Landesdelegiertenkonferenz~~ **Die AG SPD 60 plus** fordert eine Stärkung der
144 umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Sie muss armutsfest gestaltet werden, d.h. niemand,
145 der sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter in Armut fallen. Mit diesem Ziel sind
146 Korrekturen des Altersvermögensgesetzes (AvmG) von 2001, des
147 Altersvermögensergänzungsgesetzes (AvmEG)) und des Gesetzes zur Sicherung der
148 nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (2004)
149 anzustreben. Im Einzelnen:

150

151 • Das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung muss stabilisiert und wieder gestärkt
152 werden.

153 • Das Rentenniveau wird auf das Ausgangsniveau von über 50% 53% angehoben.

154 • Die gesetzliche Rente wird für alle Berufsgruppen geöffnet.

155 • Freiwillige Zusatzbeiträge (Überobligatorium) werden ermöglicht.

156 • Die Bemessungsgrenzen sind deutlich über das bisherige Maß anzuheben.

157 • Die gesetzliche Rentenversicherung wird von jeglichen rentenfremden Leistungen entlastet.

158 • Die Mütter-Rente, die Hinterbliebenen-Rente und die abschlagsfreie Rente mit 63 werden
159 über Steuermittel finanziert.

160

161

162

163 AR 05 Antrag Kurswechsel

164

165 Antragsteller: AG SPD 60 plus Kreisverband Gütersloh

166

167 EmpfängerInnen: Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

168 Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission

169

170 **„Für eine lebensstandardsichernde Rente“,**

171

172 „Für eine lebensstandardsichernde Rente“, damit Alle im Alter eine gerechte Chance
173 bekommen.

174

175 Wir **unterstützen den** ~~erwarten einen~~ Kurswechsel in der SPD hin zu einer Rückkehr einer
176 stabilen Rente, ~~damit auch morgen Rentenempfänger nicht auf die schwankende~~
177 ~~Großzügigkeit des Kapitals angewiesen sind.~~

178

179 Wir **unterstützen** die ~~erwarten eine~~ entschlossene Bekämpfung der Altersarmut. Die
180 Altersarmut ist **überwiegend** weiblich und wird in den kommenden Jahren ansteigen. Wir
181 erwarten daher von der Bundes-SPD, dass sie sich effektiv und nachhaltig für die Bekämpfung
182 der Altersarmut einsetzt. Dies erfordert einen Maßnahmenkatalog, der die Entstehung von
183 Altersarmut frühzeitig verhindert und bereits eingetretene Lücken ausgleicht und
184 Beitragsleistungen von Geringverdienenden honoriert. Dazu gehört die Förderung regulärer
185 Beschäftigung, die Einbeziehung der Selbstständigen in die Rentenversicherung, bessere
186 Leistungen bei Kindererziehung und Pflege, die Stabilisierung und Anhebung des
187 Rentenniveaus und die Einführung von Rentenfreibeträgen in der Grundsicherung.

188

189 **Die Zwangsverrentung der Alg-II Beziehenden muss endlich ein Ende haben. Obwohl es einige**
190 **Verbesserungen gegeben hat, sind die Alg-II Bezieher immer noch grundsätzlich verpflichtet,**
191 **mit 63 Jahren eine vorzeitige Altersrente zu beantragen. Dies wirkt sich für die Betroffenen**
192 **mehr als nachteilig aus, da sie damit lebenslange Abschläge in der Rente in Kauf nehmen**
193 **müssen. Das Instrument der Zwangsverrentung ist ersatzlos aus dem Gesetz zu streichen.**

194

195 **Die Alg-II Bezieher brauchen eine bessere rentenrechtliche Absicherung. Seit 2011 werden für**
196 **Alg-II beziehende keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Durch die dadurch niedriger**
197 **gewordenen Rentenansprüche sind die Betroffenen einer erhöhten Gefahr der Altersarmut**
198 **ausgesetzt. Die Alg-II Bezieher müssen wieder rentenrechtlich besser abgesichert werden.**

199

200 **Begründung:**

201 Durch die sogenannten Rentenreformen von 2001 und 2004 wurde bereits das Rentenniveau
202 um 10 Prozent abgesenkt und wird nach der aktuellen Rechtslage um weitere 10 Prozent
203 sinken. Viele können diese Versorgungslücke nicht mehr schließen, weil sie weder eine
204 betriebliche Altersvorsorge erhalten, noch sich eine private leisten können. Damit der
205 Lebensstandard der älteren Menschen erhalten bleibt, muss die gesetzliche

206 Rentenversicherung nicht nur gestärkt, sondern auch auf ein lebensstandardsicherndes
207 Rentenniveau zurückgeführt werden.

208

209 Durch das Rentenpaket 2014 sind viele Beziehende einer Erwerbsminderungsrente von Armut
210 nicht nur bedroht, sondern inzwischen betroffen. Neben der Abschaffung der Abschläge bei
211 den Erwerbsminderungsrenten ist eine weitere Anhebung der Zurechnungszeiten notwendig,
212 damit die Betroffenen so gestellt werden, als hätten sie bis zum Alter von 63 Jahren
213 weitergearbeitet und Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt.

214

215 Trotz Verbesserungen der sogenannten Mütterrenten (2014) besteht weiterer
216 Handlungsbedarf. So wird die Mütterrente immer noch nicht in vollem Umfang aus
217 Steuermitteln finanziert. Dazu kommt, dass immer noch eine Lücke zwischen den
218 Rentenleistungen für die Erziehung von vor und nach 1992 geborenen Kindern besteht. Leider
219 ist die Verbesserung der Mütterrenten in bestimmten Fällen nicht bei den Betroffenen
220 angekommen. Das heißt die Kindererziehung wird in den alten Bundesländern höher als in den
221 neuen bewertet. Hier müssen endlich die Leistungslücken geschlossen werden.

222

223

224 AR 06 Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten

225

226 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

227

228 **EmpfängerInnen: SPD-Bundestagsfraktion**

229 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

230

231 Die AG 60 plus unterstützt das SPD-Rentenkonzept für die nächsten Jahre als einen ersten
232 richtigen und wichtigen Schritt.

233

234 ~~Ebenso begrüßen wir, dass die SPD sich für die Abschaffung der Doppelverbeitragung bei~~
235 ~~betrieblicher Altersvorsorge einsetzt.~~

236

237 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass für die Bezieher
238 von Betriebsrenten die volle Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung wegfällt und
239 wie bei der gesetzlichen Rente nur der Arbeitnehmeranteil zu entrichten ist.

240

241 Begründung:

242 Die 2004 eingeführte Neuregelung bewirkte, dass RenterInnen auf ihre Betriebsrente volle
243 Krankenkassenbeiträge – also weg von der Parität auch den Arbeitgeberanteil - zahlen und
244 damit die Beitragslast alleine tragen.

245 Diese Regelung hat zu einer großen Unzufriedenheit bei den betroffenen Betriebsrentnern
246 geführt. Von dieser Doppelverbeitragung sind Millionen RentnerInnen betroffen und dies
247 entspricht nicht unseren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit.

248 Aus den genannten Gründen ist es für die AG 60 plus dringend erforderlich, dass
249 schnellstmöglich eine entsprechende gesetzliche Änderung mit sofortiger Wirkung durch die
250 SPD-Bundestagsfraktion eingebracht wird.

251

252

253 AR 07 Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten

254

255 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Nordrhein-Westfalen**

256

257 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand

258 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

259

260 Die AG 60 plus fordert bei der angekündigten Erarbeitung von angemessenen tragfähigen
261 Lösungen für ein neues Altersversorgungs-/Generationengerechtigkeits-Konzept für eine
262 angemessene Berücksichtigung von Ausbildungs- und Pflegezeiten zu sorgen.

263

264

265 AR 08 Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme 266 der DDR

267

268 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

269

270 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundestagsfraktion

271 **Beschlussempfehlung:** Als Material an die SPD-Bundestagsfraktion

272

273 „Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass noch immer bestehende
274 Ungerechtigkeiten, ja Unrecht, bei den mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungs-
275 gesetz (AAÜG) vom 25.7.1991 Zusatzversorgungssystemen der DDR und weiteren
276 Altersversorgungen für Betriebe und Berufsgruppen in das Bundesrecht in einem wirklichen
277 Rentenüberleitungsgesetz beseitigt und abschließend korrekt geregelt werden.“

278 Für Betriebe

279

280 Begründung:

281 Die Ansprüche auf zusätzliche Altersversorgung für verschiedene Berufsgruppen des
282 Beitrittsgebiets werden bisher, obwohl mit dem AAÜG von 1991 überführt, noch immer nicht
283 vollständig entsprechend den Regelungen des Normgebers anerkannt.

284

285 Rechtmäßige Ansprüche der Diplomchemiker und anderer Naturwissenschaftler bei der
286 zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (ZVS Nr.1 AAÜG) werden noch
287 immer nicht gewährt.

288

289 Weiterhin werden Ansprüche auf die zusätzliche Altersversorgung weiterer Berufsgruppen, wie
290 die Zusatzversorgung für ehemalige Angehörige der Deutschen Reichsbahn und weiterer
291 Betriebe/Institutionen des Beitrittsgebietes „DDR“ bis zum jetzigen Zeitpunkt immer noch
292 negiert und deshalb nicht gewährt.

293
294

295 AR 09 Renten- und Altersversorgung

296

297 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

298

299 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

300 **Beschlussempfehlung:** Annahme

301

302 Die Renten- und Altersversorgung muss neu geregelt und gerecht für alle Rentner erneuert
303 werden! Gleichzeitig müssen die Arbeitsmarktregeln überprüft und gegebenenfalls auch für
304 den Arbeitnehmer gerecht umgebaut werden, denn die Arbeitsplätze haben sich durch neue
305 und globale Arbeitsbedingungen teilweise grundlegend geändert.

306

307 Begründung

308 Der Rentenwarrirwar bei der deutschen Altersversorgung und der Abbau der Versorgung machen
309 vielen Arbeitnehmern zunehmend Sorgen bzgl. der Altersarmut.

310

311 Es hieß einmal die staatlichen Rentensind sicher. Sie waren es wahrscheinlich auch, bis man
312 damit anfang, die Renten zu kürzen, Nullrunden einführte, und dazu noch eine Zusatzrente a la
313 Riester und Rürup einzuführen. Dazu gekommen sind verschiedene Fremd- Renten, die nicht
314 mit dem Sozialsystem zusammengehören, auch wenn ein Ausgleich vom Staat dazugegeben
315 wird.

316 Als Beispiel sei die Mütterrente genannt, die eine gute Sache ist. Sie hätte nur komplett durch
317 die Steuer finanziert werden müssen.

318

319 Die normalen Altersrenten werden gekürzt, stattdessen soll der Einzelne eine private
320 Zusatzrente abschließen. Die Beiträge sind steuerbegünstigt und es sollen Zuschüsse bezahlt
321 werden, plus Zinsen. Bei der Auszahlung der Renten ist die volle Besteuerung vorgesehen,
322 genau wie bei den gesetzlichen Renten. Dazu kommt noch, dass der volle
323 Krankenkassenbeitrag und die Pflegeversicherung voll vom Arbeitnehmer zu zahlen sind.
324 Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass dieses System so nicht zu halten ist. Zinsen gibt
325 es nicht mehr. Die Banken sind dabei, die Auszahlung der privaten und Betriebsrenten Gebühr
326 zu erheben.

327

328 Einige Betriebsrenten sind auch nicht mehr sicher, z.B. durch die Auslagerung von Firmen oder
329 Teilen davon. So sind die Firmen nicht mehr gezwungen Betriebsrenten zu zahlen. Viele
330 Arbeitnehmer erreichen die Voraussetzungen für eine Betriebsrente nicht.

331 Dies alles galt mal für Rentner, die vor 10 bis 15 Jahren in Rente gegangen sind.

332 Mit den heute prekären Beschäftigungen ist eine gesicherte und ausreichende Altersvorsorge
333 nicht mehr möglich.

334 Wir brauchen nicht nur eine vernünftige und umfassende Neuordnung in den Renten oder
335 Altersversorgung, sondern auch zwingend eine neue Arbeitszeitreglung. Wir brauchen
336 Festeinstellungen, Praktikanten müssen tarifgerecht eingestellt und entlohnt werden, die
337 Leiharbeit ist auf ein Minimum einzuschränken.

338

339 Hier ist unsere Regierung aufgefordert, schnellstens für die Sicherung dieser Renten zu sorgen.
340 Großunternehmen, die z.B. den Firmensitz ins Ausland verlagern, machen eine Menge an
341 Gewinn, dazu wahrscheinlich noch steuerfrei und sie halten so die Auszahlung betrieblicher
342 Renten an die Arbeitnehmer zurück.

343

344 Für viel Beschäftigte, die in kleinen Firmen arbeiten, gibt es überhaupt keine Betriebsrenten,
345 auch hier muss eine einheitliche Regelung gefunden werden. Es muss also nicht nur bei den
346 Renten nachgebessert werden, sondern auch der gesamte Arbeitsbereich muss überprüft und
347 teilweise neugestaltet werden.

348

349 Zudem muss das Steuersystem gerechter werden, denn durch die Steuersenkung für die
350 Großunternehmen und die niedrige Besteuerung der Großverdiener sind viele Milliarden ins
351 Ausland verschoben und somit ist auch das Sozialsystem geschädigt worden. Mit diesem Geld
352 hätte die Altersarmut nachhaltig und vernünftig bekämpft werden können, und vieles anderes
353 gefördert werden können, wie z.B. der Bildungsbereich und die Infrastruktur...

354

355

356 AR 10 Rente

357

358 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

359

360 **Beschlussempfehlung:** erledigt durch Annahme des Antrags AR 01 in der Fassung der
361 Antragskommission

362

363 **Wir fordern,** dass die gesetzliche Rentenversicherung als Standardversicherung und als
364 tragende Säule der Alterssicherung erhalten bleibt und gefördert wird.

365

366 **Wir fordern,** dass die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und
367 Rentenversicherung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen uneingeschränkt
368 wiederhergestellt wird.

369

370 **Wir fordern,** dass eine ~~erweiterte~~ Bürgerversicherung in die gesetzliche Kranken- und
371 Rentenversicherung aufgenommen wird, in die alle Erwerbstätigen einzahlen.

372

373 **Wir fordern,** dass auch Abgeordnete oder Zeitbeamte entsprechend ihrer Einkünfte in die
374 gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und Ansprüche nach Entgeltpunkten erwerben.

375 **Wir fordern**, dass auch bei Erträgen aus Finanzgeschäften künftig in die gesetzliche
376 Rentenversicherung eingezahlt werden muss.

377 **Wir fordern**, dass auch für Beamte vom Bund und den Ländern in die gesetzliche
378 Rentenversicherung eingezahlt wird, wobei den Beamten bei der Netto-Besoldung keine
379 Nachteile entstehen dürfen. Übergangsregelungen müssen sozial verträglich sein. Ein hoher
380 Bestandsschutz muss gewährleistet sein.

381

382 **Wir fordern**, dass die Kürzungen in der Rentenformel rückgängig gemacht werden.

383

384 **Wir fordern**, dass Pensionen und Renten sich nicht unterschiedlich entwickeln. Das
385 Rentenniveau muss dem der Pensionen entsprechen und ~~auf ca. 70%~~ **wieder auf über 50%**
386 erhöht werden.

387

388 **Wir fordern**, dass keine Steuergelder für die „Riesterrente“ oder andere Formen ausgegeben
389 werden. Zu allen Zeiten haben Besserverdienende individuell für ihr Alter vorgesorgt. Eine
390 besondere Förderung ist da nicht nötig.

391

392 **Wir fordern**, dass das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet wird. Wer je nach persönlicher und
393 beruflicher Belastung mit 60 aufhören möchte, sollte dies ohne Abschläge tun können. Wer
394 länger als 65 Jahre arbeiten möchte und kann, sollte ab vollendeten 65. Lebensjahr Zuschläge
395 bekommen und Entgeltpunkte sammeln.

396

397 **Wir fordern**, dass parallel zum SGB VI das SGB II gründlich überarbeitet wird. Auch beim ALG II
398 müssen wieder Mindestbeiträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden.

399

400 **Wir fordern**, dass niemand zwangsverrentet wird, wenn er Abschläge hinnehmen muss.

401

402 **Wir fordern**, dass die unterschiedlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen, zwischen
403 Ost und West, ausgeglichen werden und das System verändert wird. Der Rentenanspruch darf
404 sich nicht nur aus der eigenen Leistungsfähigkeit bis zum Renteneintritt ergeben.

405

406 **Wir fordern**, dass der Begriff „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ geändert
407 wird in Mindestrente. Diese Mindestrente oder auch evtl. ein Mindestgrundeinkommen sollte
408 dem nicht pfändbaren Einkommen entsprechen.

409

410 **Wir fordern**, dass der Artikel 14 (2) GG (Eigentum verpflichtet) erstmalig nach fast genau 67
411 Jahren Grundgesetz mit Leben erfüllt wird, und dass durch eine geeignete Steuerreform der
412 Steuervermeidung, der Umgehung und Hinterziehung ein Riegel vorgeschoben wird, dass die
413 Kapitalgesellschaften, die Industrie, für Gewinne, die sie bei uns erwirtschaften, angemessene
414 Beträge in unser Steuersystem und in die Sozialsysteme zur Absicherung der Menschen leisten,
415 die ihre Gewinne erst möglich machen und für die Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht
416 helfen können.

417

418 Begründung:

419 Es ist für jeder man ersichtlich, dass im kommenden Wahlkampf die Altersarmut und die
420 Rentenpolitik eine große Rolle spielen werden. Die Mitgliederversammlung der AG 60 plus in
421 Nordfriesland ist sich einig, dass bei so vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die
422 Sozialpolitik, besonders Rentenpolitik, einschneidender Veränderungen bedarf.
423 Nur eine Partei, für die soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur ein Lippenbekenntnis ist,
424 wird die kommenden Konflikte auflösen können und damit auch wieder Zustimmung bei den
425 Wählerinnen und Wählern finden.

426

427 Den Lobbyisten in Berlin und in der EU, vor allem seitens der Industrie, die sämtliche Register
428 zieht um.

429

430

431 AR 11 Reform der Altersrente

432

433 **AntragstellerIn: AG SPD 60 plus Bezirk Weser-Ems**

434

435 **Beschlussempfehlung:** erledigt durch Annahme des Antrags AR 01 in der Fassung der
436 Antragskommission

437

438 Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus wird aufgefordert, sich zweifelsfrei zur Notwendigkeit einer
439 umfassenden Reform der Altersrente zu bekennen. Der Umfang der den Empfängern
440 zukommenden Leistungen wie auch deren Finanzierung müssen gerecht geregelt werden.

441

442 In unser Programm gehören die Ziele

- 443 - auskömmliche gesetzliche Altersrente, die Männer und Frauen gleichermaßen vor
- 444 Altersarmut schützt,
- 445 - Stärkung der gesetzlichen Altersrente zu Lasten der betrieblichen und der privaten
- 446 Vorsorge,
- 447 - Entlastung der Rentenkassen von fremden Aufwendungen,
- 448 - solidarische Finanzierung der Beiträge zur Rente aus sämtlichen Einkommensarten,
- 449 - paritätische Beteiligung der Arbeitgeberseite an den Beiträgen
- 450 - (falls erforderlich) eine aus Steuermitteln finanzierte Aufstockung deutlich über das
- 451 Niveau der Grundsicherung.

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471

PFLEGE UND GESUNDHEIT

472
473
474
475
476
477
478
479

480 PG 01 Betriebliche Altersversorgung

481

482 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

483

484 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

485 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

486

487 **Betriebliche Altersversorgung**

488

489 Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und
490 anderen Versorgungsbezügen (u.a. Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur
491 Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte
492 Beitragspflicht (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) für alle Betroffenen ~~ab der nächsten~~
493 ~~Legislaturperiode~~ für den Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.

494

495

496 Begründung:

497 Durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG, gültig ab
498 01.01.2004, auch wirksam für bereits abgeschlossene Versicherungsverträge) hat die Rot-
499 Grüne Bundesregierung die volle Beitragspflicht der betrieblichen Altersversorgung eingeführt.
500 Hierzu zählen auch Versicherungsverträge, die über den Arbeitgeber abgeschlossen wurden
501 (Direktversicherungen, Pensionskasse, Pensionsfonds). Der Gesetzgeber hat dies damit
502 begründet, dass alle Alterseinkünfte der Sozialversicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze
503 zu unterwerfen sind, doch der eigentliche Grund lag in der damaligen kritischen
504 wirtschaftlichen Situation mit fast 5 Mio. Arbeitslosen.

505

506 Rentner und Rentnerinnen fühlen sich von der SPD durch das GMG regelrecht hintergangen.
507 Um ca. 20% reduzieren sich seit dem Inkrafttreten die Versorgungsbezüge der
508 Betriebsrentenbezieher, und dies bedeutet eine Einschränkung ihrer Nettobezüge, die in vielen
509 Fällen die Lebenshaltung im Rentenalter massiv einschränkt, zumal die Krankenkassen zurzeit
510 wieder eine Erhöhung des Zusatzbeitrages planen.

511

512 Die SPD muss wieder glaubwürdig werden und ihrer sozialpolitischen und gesellschaftlichen
513 Verantwortung schnellstens wieder gerecht werden. Nur so kann die SPD die Wählerschichten
514 wieder zurückgewinnen, die der SPD den Rücken gekehrt haben, weil sie sich nicht mehr bei ihr
515 aufgehoben fühlen.

516

517

518

519

520

521 PG 02 Gemischte Pflegearrangements

522

523 **Antragstellerin:** AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg

524

525 **EmpfängerInnen:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

526 **Beschlussempfehlung:** Annahme

527

528 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass häusliche Pflege in
529 „gemischten Pflegearrangements“ systematisch gefördert wird. In deren Rahmen müssen
530 familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfe ineinandergreifen.
531 weil sich die Pflege auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung immer weniger auf
532 Familienangehörige stützen kann.

533

534 Begründung:

535 Der 7. Altenbericht der Bundesregierung von 2016 weist darauf hin, dass mehr als zwei Drittel
536 der auf Pflege angewiesenen Menschen (1,86 Mio.) zu Hause versorgt werden. Die gemischten
537 Pflegearrangements müssten zur gesellschaftlichen Praxis und systematisch gefördert werden,
538 heißt es in dem Bericht. Dies trägt im Ergebnis dazu bei, den Ansatz ambulanter vor stationärer
539 Pflege zu stärken.

540

541

542 PG 03 Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer
543 Rehabilitation

544 ~~unter dem Dach der GKV~~

545

546 **Antragsteller:** AG SPD 60 plus Bezirk Hannover

547

548 **EmpfängerInnen:** AG SPD 60 plus Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion

549 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

550

551 **Antrag:** Die gesetzliche Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die
552 Rehabilitation werden in der geplanten Bürgerversicherung ~~sollten unter dem~~
553 ~~Dach der GKV~~ zusammengeführt werden.

554

555 Begründung:

556 In der Kranken- und Pflegeversicherung werden vergleichbare Lebensrisiken versichert. Die
557 organisatorische Trennung der teilweise wettbewerblich ausgerichteten GKV von der nicht
558 wettbewerblich organisierten sozialen Pflegeversicherung (SPV) bringt erhebliche Nachteile für
559 die Nutzer. Sie ermöglicht Verschiebungen der Kosten zwischen beiden Versicherungszweigen
560 und führt in vielen Fällen zu unklaren Zuständigkeiten, welche die Versorgung des
561 Pflegebedürftigen erheblich erschweren können.

562

563 Folgende Elemente sollten Inhalt einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung
564 einschließlich der medizinischen Rehabilitation unter einem Dach sein:
565

566 Aufklärung in der Bevölkerung (in allen gesellschaftlichen Bereichen)
567 Das Risiko, pflegebedürftig zu werden, als auch die Prävention von Pflegebedürftigkeit bedarf
568 verstärkter gesellschaftlicher und gesundheitspolitischer Aufmerksamkeit.
569

570 Nicht zum Nulltarif
571 Die selbst organisierte und finanzierte Vorsorge wird mehr als bislang die solidarische
572 Absicherung ergänzen müssen. Dabei geht es nicht allein um eine finanzielle Absicherung des
573 Risikos Pflegeabhängigkeit, sondern ebenso um die Entwicklung eines
574 Bewusstseins dafür, dass Pflegebedürftigkeit kein unabwendbarer Zustand ist, der sich z. B.
575 durch Lebensstil oder Anpassung des Wohnumfeldes verhindern oder zumindest in seiner
576 Schwere verringern bzw. verzögern lässt.
577

578 Umverteilung
579 Politisch muss die Debatte zu Umverteilungsprozessen in die Langzeitpflege und Betreuung
580 chronisch Kranker aufgenommen werden und neue Akzente der gesundheitlichen Versorgung
581 in der altersgewandelten Gesellschaft setzen.
582

583 Generationengerechtigkeit
584 Generationengerechtigkeit die Postulate der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verlangen, dass
585 zukünftige Generationen bei vergleichbarer Abgabenlast vergleichbare Leistungen von der
586 Versichertengemeinschaft erhalten wie die heutige Generation.
587

588 Wettbewerbliches Versicherungssystem
589 Die Integration der SPV in ein wettbewerbliches Versicherungssystem setzt allerdings einen
590 funktionsfähigen, morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (RSA) voraus.
591 Bei seiner Konstruktion können die Erfahrungen mit dem RSA in der GKV als nützliche
592 Informationsgrundlage dienen.
593 Die Integration dieser beiden sozialen Versicherungszweige löst zwar insofern nicht alle
594 Schnittstellenprobleme, als der Interessenkonflikt zwischen den Versicherten und den
595 Krankenkassen wegen des Teilkaskocharakters der SPV in vielen Fällen bestehen bleiben wird.
596 Die Versicherten verfügen jedoch in einem wettbewerblichen System über die
597 Möglichkeit, auf die Entscheidungen der Krankenkassen Einfluss zu nehmen, d.h. mit einem
598 Kassenwechsel zu drohen bzw. zu reagieren.
599

600 Wegfall der Versicherungspflichtgrenze
601 Sofern die GKV über einen Wegfall der Versicherungspflichtgrenze zu einer sog. Bürgerver
602 sicherung erweitert wird, bietet sich im Falle der Integration dieser beiden
603 Versicherungszweige auch eine entsprechende Ausgestaltung der SPV an.

604 Auch unabhängig von einer Integration dieser beiden Versicherungszweige, d.h. bei
605 Fortbestehen einer eigenständigen SPV im derzeitigen Ordnungsrahmen, sprechen
606 Effizienzaspekte für eine wettbewerbliche SPV mit einem Risikostruktur- statt eines
607 Finanzausgleichs.

608

609 Einbeziehung aller Einkunftsarten

610 Die Versichertenbeiträge sollten auf alle Einkunftsarten ausgeweitet, der Beitrag des
611 Arbeitseinkommens jedoch weiter paritätisch finanziert werden.

612

613 Familienversicherung und Splitting der Beitragsgrundlagen

614 Die Familienmitversicherung wird weiterhin als sinnvoll erachtet.

615 Empfohlen wird das Splitting des gemeinsamen Arbeitsentgeltes bzw. Einkommens mit
616 anschließender Anwendung des hälftigen Beitragssatzes auf beide Entgeltteile. Das
617 Splittingverfahren belastet im Vergleich zur geltenden Regelung nur solche Familien stärker,
618 bei denen das Arbeitsentgelt des erwerbstätigen Partners die Beitragsbemessungs-
619 grenze übersteigt, und solche, bei denen das Arbeitsentgelt des einen Partners über und das
620 des anderen Partners unter der Beitragsbemessungsgrenze liegt.

621

622 Wettbewerb durch Vertragsfreiheit

623 Im bisher nichtwettbewerblichen System der Pflegeversicherung könnten Wettbewerbs-
624 elemente den Pflegebedürftigen zu Gute kommen. Wenn Pflegekassen mit einzelnen Pflege-
625 heimen oder Pflegeheimketten für ihre Versicherten besondere Tarife aushandeln, verringern
626 sie den Eigenanteil der Versicherten. Jeder Versicherte erhält jedoch die Möglichkeit, sich auch
627 für einen anderen Anbieter zu entscheiden, muss dann allerdings einen höheren Eigenanteil in
628 Kauf nehmen.

629

630 Geriatrische Rehabilitation zu den Pflegekassen

631 Die Chance, durch Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit zu verhindern, zu
632 mindern oder hinauszuzögern, wird bislang unzureichend genutzt. Für Krankenkassen besteht
633 der Anreiz, Leistungen auf die Pflegeversicherung zu verlagern. Sie selbst besitzen nur dann ein
634 Interesse an präventiven und rehabilitativen Maßnahmen, wenn sich deren Erfolge in der GKV
635 und nicht als externe Effekte in der SPV niederschlagen. Rehabilitation sollte von dem Träger
636 finanziert werden, der auch den Nutzen für den Erfolg der Maßnahme trägt. Daraus folgt die
637 Forderung nach der Anerkennung der Pflegekassen als Rehabilitationsträger. Eine solche
638 Entscheidung hebt die Trennung von Finanzierungslast und Erfolgsinteresse bei der
639 geriatrischen Rehabilitation auf und überträgt die Verantwortung für die geriatrische
640 Rehabilitation den Pflegekassen.

641

642 Versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert

643 Die krankenversicherungsfremden Leistungen auf der Ausgabe Seite belaufen sich auf über 30
644 Mrd. Euro. Eine Umfinanzierung aus Steuermitteln führt zu einer Beitragssatzabsenkung in der
645 GKV von über drei Beitragssatzpunkten.

646

647 Für eine Verlagerung der krankensicherungs-fremden Leistungen von der Beitrags- in die
648 Steuerfinanzierung sprechen auch arbeitsmarktpolitische Gründe. Bei gleichem
649 Leistungsvolumen erfordert die Beitragsentlastung der GKV zwar eine Erhöhung von Steuern
650 und/oder öffentlicher Schuld in gleicher Höhe, dabei können die beschäftigungspolitischen
651 Effekte aber erheblich differieren. Die Beitragsentlastung reduziert die Lohnnebenkosten und
652 fördert damit den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit, während sich die Steuererhöhungen
653 auf
654 den Konsum konzentrieren können.

655

656 Gegenüberstellung der Organisationsunterschiede der gesetzlichen Krankenversicherung und
657 der sozialen Pflegeversicherung

658

659 **Gesetzliche Krankenversicherung**

- 660 - Vollkasko-Versicherung
- 661 - Risikostrukturausgleich
- 662 - wettbewerbliches System
- 663 - Festlegung des Beitragssatzes durch die jeweilige Krankenkasse (bei gleicher
664 Beitragsbemessungsgrenze)
- 665 - Leistungen nach dem Bedarfsprinzip
- 666 - Heterogenität in der Ausgestaltung der Vertragsverantwortlichkeiten (unterschiedliche
667 Vertragsausgestaltung auf Landesebene, Modellprojekte usw.)
- 668 - in der Regel Leistungsgewährung bei Inanspruchnahme (implizite Leistungsgewährung)
- 669 sektorale Budgetierung
- 670 - geringe Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen

671

672 **Soziale Pflegeversicherung**

- 673 - Teilkasko-Versicherung
- 674 - ausgabenorientierter Finanzausgleich
- 675 - nichtwettbewerbliches System
- 676 - Festlegung des Beitragssatzes durch den Gesetzgeber (bei gleicher Beitrags-
677 bemessungsgrenze)
- 678 - Leistungen nach dem Budgetprinzip
- 679 - gemeinsames und einheitliches Vorgehen in der Ausgestaltung der Vertrags-
680 verantwortlichkeiten (die einzelne Pflegekasse verfügt nicht über eigene
681 Entscheidungsspielräume)
- 682 - Leistungsgewährung nach Antrag und Begutachtung (explizite Leistungsgewährung)
- 683 Gesamtbudget
- 684 - größere Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen (Sach- oder Geldleistungen in der
685 ambulanten Versorgung, ambulante oder stationäre Versorgung)

686

687 Fazit: Folgende Gesichtspunkte sprechen mittelfristig für eine engere Verzahnung von GKV und
688 SPV:

689 Das Nebeneinander der GKV und der SPV ist nicht effektiv, da strukturell ähnlich gelagerte
690 Risiken abgesichert werden. Bei älteren Versicherten kommt es oft zu Überschneidungen der
691 Ansprüche aus beiden Versicherungszweigen, Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation
692 zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit werden aufgrund verschiedener ökonomischer
693 Anreizstrukturen unzureichend ergriffen,
694 Chancen für die Etablierung von Modellen der integrierten Versorgung werden kaum genutzt
695 und die anspruchsberechtigten Pflegebedürftigen erleiden erhebliche Nachteile, wenn
696 Leistungen von der GKV in die budgetierte SPV verschoben werden.

697

698 Angesichts des zu erwartenden drastischen Anstiegs von Krankheits- und Pflegekosten –
699 aufgrund der demografischen Entwicklung – sollen die Kranken- und Pflegeversicherung und
700 medizinische Rehabilitation zusammengeführt werden. Das Nebeneinander von
701 Pflegeversicherung und Krankenkassen ist unwirtschaftlich, weil beide Systeme ähnliche
702 Risiken absichern. Zudem verschieben die Krankenkassen oft Ausgaben in die
703 Pflegeversicherung, um zu sparen. Mit der Zusammenführung von Krankenversicherung,
704 Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation lägen die Aufgaben von Prävention,
705 Behandlung, Rehabilitation und Pflege in einer Hand. So könnten die Aufgaben auch aus einer
706 Hand koordiniert, integriert geplant und finanziert werden.

707

708

709 PG 04 Igel-Leistungen

710

711 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

712

713 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

714 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

715

716 Wir fordern Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, ~~eine Kommission~~ sich dafür
717 einzusetzen, ~~um zu überprüfen, welche~~ dass die bisherigen Igel-Leistungen, die dem Patienten
718 nutzen, von der Krankenkasse übernommen werden. ~~nutzlos oder schädigend sind und~~
719 ~~entsprechende Schritte zu unternehmen, die Patienten vor Unbill zu schützen.~~

720

721 Begründung:

722 In verschiedenen Publikationen wird darauf hingewiesen, dass die individuellen
723 Gesundheitsleistungen (Igel) in nur wenigen Fällen geringfügigen Nutzen bringen. In einigen
724 Fällen schaden sie sogar den Patienten. Für die Ärzte eine lukrative Einnahmequelle, für die
725 Patienten außer Kosten – nutzlos.

726 Da die meisten Patienten ihrem Arzt vertrauen, wird sich daran nichts ändern.

727 Viele Ärzte bieten, entsprechend ihrer Berufsethik, keine Igel-Leistungen an. Deshalb ist es
728 wichtig, die Anderen daran zu erinnern.

729

730

731

732 PG 05 Engpass bei Medikamenten

733

734 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

735

736 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

737 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

738

739 Um den Engpass bei Medikamenten und viel genutzten Antibiotikuma zu beenden, fordern wir
740 deshalb eine nationale Initiative zur ausreichenden Bevorratung. Wir unterstützen den Antrag
741 der SPD im Deutschen Bundestag „Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten
742 stärken“ und erwarten dessen Umsetzung.

743

744 Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen stärker als bisher in Forschung und
745 Entwicklung von Medikamenten gegen Infektionskrankheiten tätig werden.

746

747 Begründung:

748 Engpass bei Medikamenten, viel genutztes Antibiotikum fehlt in den Kliniken. Solche
749 Meldungen finden sich täglich in den Medien.

750 Die Ursachen sind vielfältig. Teure Forschung und dadurch schwindendes Interesse bei
751 Pharmaunternehmen. Mit dem Ablauf von Patentschutz-Zeiten wird die
752 Arzneimittelproduktion durch globale Billigkonkurrenz immer häufiger unrentabel, ganze
753 Produktionslinien werden dadurch stillgelegt.

754

755 Ein Beispiel: Ein wichtiges Antibiotikum wird nur noch in zwei Fabriken auf der ganzen Welt
756 hergestellt und eine davon, die in China, ist gerade explodiert.

757 Ein Beitrag von Dr. Hontschik (Frankfurter Rundschau) schließt mit dem Satz: „So ist das eben,
758 wenn die Daseinsvorsorge in privater Hand liegt. Das funktioniert perfekt, solange der Gewinn
759 stimmt. Länger aber nicht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

760

761

762 PG 06 Multiresistente Keime

763

764 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

765

766 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

767 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

768

769 Wir fordern die ~~unsere~~ Bundestagsfraktion auf, ~~im Gesundheitsausschuss und soweit als~~
770 ~~möglich im Ministerium für Gesundheit~~ dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Mittel für die
771 Bekämpfung der multiresistenten Keime bereitgestellt werden. ~~damit die Arbeit vor Ort~~
772 ~~erfolgreich durchgeführt werden kann.~~ Zu empfehlen wäre ein bundesweites Register, um
773 Schwerpunkte zu lokalisieren und um gezielt vorgehen zu können.

774 Begründung:

775 Das Problem multiresistenter Keime ist seit Jahren bekannt. Es gibt eine Reihe von Beiträgen in
776 der Fachpresse und diversen Medien. Das Robert-Koch-Institut hat bereits 2009 Richtlinien
777 herausgegeben, um dem Problem beizukommen.

778

779 Aber wir haben laufend negative Meldungen über gravierende Fälle in den Krankenhäusern.

780 Unter anderem waren Säuglinge und Frühchen betroffen. OP-Patienten und Andere mit
781 geschwächter Immunabwehr haben bei Infektionen wenig Chancen zu überleben.

782 In deutschen Krankenhäusern treffen zwei Welten aufeinander. Einerseits werden chirurgische
783 Meisterleistungen vollbracht, neue Medikamente kommen den Patienten zugute und moderne
784 Technik wird eingesetzt. Andererseits sterben jedes Jahr mehr als 15 000 Menschen an
785 multiresistenten Keimen.

786 Große Kliniken müssen Hygiene-Beauftragte haben. Aber für die kleineren Häuser, für Pflege
787 und Altenheime, die das gleiche Problem haben, gilt das nicht. Seltsam nur, die
788 Negativmeldungen kamen aus den größeren Häusern.

789

790 Wo liegt das Problem?

791 Verschiedene Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Die Häuser stehen unter
792 enormen finanziellen Schwierigkeiten. Zuwenig Pflegepersonal, das unter erheblichem
793 Zeitdruck arbeiten muss. Zusätzliche Aufgaben, die zu übernehmen sind, können kaum
794 verwirklicht werden.

795

796 Was ist zu tun?

797 Es gibt von verschiedenen Institutionen, von Fachleuten, genügend Hinweise wie das Problem
798 zu lösen ist. Unser Nachbarland Niederlande zeigt gute Beispiele wie man dem Übel
799 beikommen kann. Woran scheitert dann ein überzeugender Erfolg? Wie bei uns in Deutschland
800 üblich, an Kompetenzen und natürlich am Geld.

801

802 Schließlich stehen die Kliniken am Ende einer langen Kette der Verursacher. Der sorglose
803 Umgang mit Antibiotika, angefangen in der Tiermast, über den sorglosen Umgang in der
804 Medizin bei nicht relevanten Erkrankungen, haben zu der Situation beigetragen.

805

806 Zusammengefasst:

807 Die Entstehung multiresistenter Keime geht auf Verhalten breiter Bevölkerungsschichten
808 zurück. Somit ist es eine staatliche Aufgabe die Bekämpfung zu organisieren und zu
809 finanzieren.

810

811

812

813

814

815

816 **PG 07 Pflegeberufegesetz**

817

818 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

819

820 **EmpfängerIn:** 60 plus Bundesvorstand

821 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

822

823 ~~Wir fordern ein überdenken des Pflegeberufegesetz. Es ist infrage zu stellen, ob eine~~
824 ~~Generalisierung* der Pflegeausbildung den Pflegebedarf in der Altenpflege wirklich beheben~~
825 ~~kann.~~

826

827 ~~Die~~ Der 60 plus Bundesvorstand ~~konferenz~~ wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe „Pflege und
828 Gesundheit“ einzurichten.

829

830 Begründung:

831 Das Pflegeberufegesetz birgt weitreichende Probleme, besonders für die Altenpflege. Bpa-
832 Präsident Bernd Meurer (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.) kritisiert
833 scharf, dass „berechtigte Einwände gegen den Reform-Unsinn nicht berücksichtigt werden“,
834 obwohl „über 30 größtenteils bundesweit agierende Verbände die Pläne der Generalistik
835 grundlegend ablehnen.“ Dabei fallen durch die Abschaffung des Altenpflegeberufs viele
836 Ausbildungsplätze weg, was die Versorgung der Pflegebedürftigen gefährde.

837

838 Aber nicht nur das, sondern es ist zu befürchten, dass sich die ausgebildeten Pfleger/innen eher
839 für die wesentlich interessantere Arbeit im Krankenhaus entscheiden. Zumal die Vergütung für
840 die Altenpflege nicht gleich mit der Vergütung in der Krankenpflege steht. Das muss unbedingt
841 angeglichen werden.

842

843 Skeptisch reagiert der DGB, der befürchtet, dass eine „Schmalspurausbildung“ mit den drei
844 Jahren Ausbildung nicht mehr die Qualifikation in der Pflege gewährleistet.

845 Es ist zu befürchten, dass die Absicht, durch die generalisierte Pflegeausbildung mehr
846 Pflegepersonal zu rekrutieren, dem Schwerpunkt Altenpflege nicht das Ergebnis bringen wird,
847 was notwendig wäre, um den Pflegenotstand in der Altenpflege zu beheben.

848 Hier ist unbedingt in Anbetracht der steigenden Zahlen von pflegebedürftigen älteren
849 Menschen angebracht, strukturell nachzubessern.

850

851

852 * Ausbildungen in der Gesundheits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und
853 Kinderkrankenpflege und der Altenpflege in einem Gesetz vereinheitlicht.

854

855

856

857 PG 08 Apotheken-Versandhandel

858

859 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

860

861 **EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion**

862 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

863

864 Die SPD AG 60 plus lehnt den Vorstoß des Gesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU) zum
865 Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneien ab.

866

867 Begründung:

868 Ein Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Medikamenten geht an der Realität
869 vorbei. Gröhes Kniefall vor der Apothekerlobby, die das Schreckgespenst eines
870 Apothekersterbens zeichnet, gefährdet vor allem die Versorgung von chronisch kranken
871 Menschen, insbesondere in strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik.

872

873 Gerade ältere Menschen, deren Mobilität beispielsweise durch eine Gehbehinderung erheblich
874 eingeschränkt wird und die womöglich auch eine spezielle Medikation benötigen, wird so der
875 einfache Zugang zur eigenen Versorgung versagt. Mit ihnen gibt es so viele Verlierer, aber
876 keine Gewinner – auch nicht auf Seiten der niedergelassenen Apothekerinnen und Apotheker.
877 Vor Ort gilt weiterhin: Wer vom Arzt das rote Rezept bekommt, reicht es im Regelfall bei der
878 Apotheke in der Nähe ein, nimmt das Medikament sofort mit und wartet nicht bis zu drei Tage
879 auf den Versandhandel. Die Apotheke vor Ort steht weiter für eine schnelle und unkomplizierte
880 Versorgung. Wer dauerhaft und schwer erkrankt ist, dem hilft die Versandapotheke mit
881 Lieferung zur Haustür.

882

883 Anstatt die Konkurrenz über Verbote abzuschaffen, sehen wir Chancen im Wettbewerb
884 zwischen den niedergelassenen Apotheken und den Versandapotheken.

885 Bei nicht rezeptpflichtigen Medikamenten konkurrieren beide Apothekenarten bereits
886 miteinander. Gleiches sollte auch für die Rezeptpflichtigen gelten, womit eine Abschaffung der
887 Preisbildung einhergeht. Alles andere ist bloße Bevormundung durch die Politik zulasten der
888 Erkrankten.

889

890

891

892

893

894

895

896

897

898 **PG 09 Lehrstuhl für Altersmedizin**

899

900 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

901

902 **EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktionen**

903 **Beschlussempfehlung: Annahme**

904

905 In allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland muss ein „Lehrstuhl für
906 Altersmedizin“ eingerichtet werden.

907

908 Begründung:

909 In einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es unumgänglich, dass auch die medizinische
910 Versorgung altersgerecht sichergestellt wird. Ältere Menschen benötigen eine ebenso
911 angepasste Versorgung wie es sie bei Kleinkindern gibt, da Medikamente im Alter häufig
912 anders wirken als bei jüngeren Erwachsenen.

913

914

915 **PG 10 Die Kranken- und Pflegeversicherung ist in ihrem gesamten**
916 **Wirkungsbereich dringend zu diskutieren**

917

918 **AntragstellerIn: AG SPD 60 plus Bezirk Weser-Ems**

919

920 **EmpfängerInnen: Als Material an die Arbeitsgruppe im 60 plus Bundesvorstand**

921 **Beschlussempfehlung: Annahme**

922

923 Nachfolgende Leistungen müssen erbracht und solidarisch finanziert werden

- 924 - eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern, Allgemeinen und Fachärzten
- 925 einschl. einer mindestens ausreichenden Notfallversorgung bei Krankheit und Unfall,
- 926 - Abbau der Hemmnisse bei der Geburtshilfe,
- 927 - Beseitigung der ungleichen Behandlung von Privat- und Kassenpatienten,
- 928 - Abbau des Bürokratie-Überhangs im Krankenkassenbereich,
- 929 - eine Reform des gesamten Pflegewesens (Privatisierung, Pflegepauschalen,
- 930 Tarifungebundenheit) hin zu einer menschenwürdigen Versorgung aller Sorge-, Hilfe-
931 oder auch Pflegebedürftigen.

932

933

934

935

936

937

938

939

940

941

942

943

944

945

946

947

948

949

GESELLSCHAFT

950

951

952

953

954

955

956

957

958 **G 01 Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen**

959

960 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Nord**

961

962 **EmpfängerIn:** SPD-Parteivorstand

963 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

964

965 Die betrügerischen Manipulationen der Autoindustrie haben aufgezeigt, dass eine Ahndung
966 dieser kriminellen Machenschaften durch immer höhere Bußgelder nach den Bestimmungen
967 für Ordnungswidrigkeiten nicht ausreicht. Leidtragende sind Arbeitnehmer, Verbraucher und
968 Aktionäre, nicht aber die persönlich Verantwortlichen der Konzerne.

969

970 Die AG SPD 60 plus fordert daher den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf,
971 sicherzustellen, dass betrügerische Manipulationen und Kartellverstöße geahndet werden.
972 ~~diese kriminellen Handlungen als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen~~
973 ~~werden, so wie es heute schon~~ Dies ist in anderen Ländern bereits üblich ~~ist.~~

974

975 ~~In möglichen Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl ist dieser Punkt~~
976 ~~aufzunehmen.~~

977

978 ~~Weiterleiten an:~~

979 ~~SPD Bundesvorstand~~

980 ~~SPD Bundestagsfraktion~~

981

982

983 **G 02 Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen**

984

985 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

986

987 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

988

989 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

990

991 Wir fordern die ~~Bundesparteien~~ Bundestagsfraktion auf, die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge
992 ~~dauerhaft~~ zu stoppen. Afghanistan ist derzeit kein ~~wirklich~~ sicheres Herkunftsland. (Einige
993 Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein
994 weigern sich abzuschicken). ~~Wir fordern von daher die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge~~
995 ~~mit sofortiger Wirkung auszusetzen.~~

996

997 Begründung:

998 Die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge ist ein Schlag gegen die Menschenrechte und von
999 daher nicht hinnehmbar. Das Bundesinnenministerium vertritt den Standpunkt, eine

1000 behutsame Abschiebung verantwortungsvoll nur in sichere Gegenden Afghanistans sei
1001 vertretbar.
1002 Das ist unverständlich, denn die Sicherheitslage ist prinzipiell überhaupt nicht geklärt. Laut
1003 einem UN-Bericht erreichte die Zahl der Toten und Verletzten in Afghanistan einen neuen
1004 Höchststand.
1005
1006 Im vergangenen Jahr registrierten die Vereinten Nationen 11.418 Opfer. Das sei ein Anstieg von
1007 drei Prozent gegenüber 2015. Fast jedes dritte Opfer sei nun ein Kind. Angesichts des
1008 schwierigen Zugangs zu Provinzen weisen die UN darauf hin, dass ihre Zahlen möglicherweise
1009 noch höher seien.
1010
1011 Im Oktober hatte das Bundesinnenministerium, nach dem Abschluss eines
1012 Rückführungsabkommens mit Afghanistan, die Bundesländer aufgefordert, abgelehnte
1013 Asylbewerber konsequent abzuschicken. Im Dezember letzten Jahres wurde mit
1014 Sammelabschiebungen begonnen. Das Vorgehen ist äußerst umstritten, weil sich in weiten
1015 Teilen Afghanistans Regierungstruppen und radikal-islamistische Taliban bekämpfen. Auch die
1016 Anschlaggefahr ist groß.
1017
1018 Es wird einfach abgeschoben, ohne im Blick zu haben, dass es sich oft auch um Familien oder
1019 Jugendliche handelt, die in Deutschland schon länger integriert sind. Sie gehen einer Arbeit
1020 nach, zahlen Steuern und befinden sich mitten in einer Ausbildung.

1021
1022

1023 G 03 Verpflichtende Bildungsphase vor der Grundschule

1024

1025 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

1026

1027 **EmpfängerIn: SPD-Bundesparteitag**

1028 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1029

1030 Die AG 60 plus fordert die SPD auf, über die Forderung nach der KiTa-Gebührenfreiheit hinaus
1031 ~~die gesellschaftliche Auseinandersetzung um~~ **sich für** die Einführung einer verpflichtenden
1032 Bildungsphase vor dem Eintritt in die Grundschule **einzusetzen** ~~aufzunehmen~~. Dabei sind
1033 bundesweit einheitliche Standards herzustellen.

1034 Sinnvolle Bildungsarbeit gerade bei den Kleinsten bewirkt exponentielle Fortschritte bei der
1035 Schaffung von Lebenschancen.

1036

1037

1038

1039

1040

1041 G 04 Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der
1042 Bildungspolitik

1043

1044 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesvorstand Sachsen-Anhalt**

1045

1046 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktionen

1047 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1048

1049 Die SPD-Parteivorstände und -Fraktionen auf Landes- und Bundesebene werden
1050 aufgefordert, sich weiter für eine stärkere Vereinheitlichung der Bildungspolitik innerhalb
1051 Deutschlands einzusetzen anzustreben. Tägliche Negativerfahrungen wie die insbesondere von
1052 jungen Familien immer wieder beklagten erheblichen Umstellungsschwierigkeiten im
1053 Schulwesen bei Umzügen über die Ländergrenzen hinweg sind letztlich nur durch verstärkte
1054 bundespolitische Kompetenzen zumindest im Blick auf die Rahmengesetzgebung im Schul-
1055 und Kulturbereich in den Griff zu
1056 bekommen. Ähnliches gilt auf Hochschulebene für oft nicht nachvollziehbare
1057 Länderdifferenzen bei Studien- und Prüfungsregelungen.

1058

1059 Begründung:

1060 Das in Deutschland historisch bedingte Prinzip der Kulturhoheit der Länder ist angesichts der
1061 Erfordernisse immer größerer Mobilität gerade bei jungen Familien und im akademischen
1062 Bereich seit langem ein Hemmnis. Nicht nur die unvermeidbar zunehmenden Wohnsitz- und
1063 Universitätswechsel werden erheblich behindert und können gravierende persönliche
1064 Nachteile bringen. Auch im Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit ergeben sich
1065 zusätzliche Schwierigkeiten.

1066 Länderübergreifende Einigungsgremien wie Kultusminister- bzw. Rektorenkonferenzen sind
1067 letztlich nur Hilfsinstrumente mit begrenzter Flexibilität und Beschlussfähigkeit. An einer
1068 grundsätzlichen Neuordnung der Bund/Länder-Beziehung im Bildungs- und Kulturbereich
1069 führt langfristig kein Weg vorbei.

1070

1071

1072 G 05 Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite
1073 in Deutschland

1074

1075 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

1076

1077 **EmpfängerIn:** SPD-Bundesparteitag

1078 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1079

1080 Auf Grund der in großer Zahl belegten Beispiele von Bespitzelungen wie zum Beispiel
1081 angeblicher Gegner des türkischen Präsidenten Erdogan auf deutschem Boden werden der

1082 SPD-Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion aufgefordert, sich nachdrücklich für eine
1083 konsequente Untersuchung und Strafverfolgung solcher Aktionen einzusetzen.

1084

1085 **Begründung:**

1086 In einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist die
1087 Meinungsfreiheit der hier lebenden Menschen ein unantastbares Gut, das auch gegen alle
1088 Bedrohungs- und Ausforschungsversuche von außerhalb unbedingt geschützt werden muss.
1089 Keinesfalls dürfen Institutionen fremder Staaten und ihre Agenten oder beauftragte
1090 Religionsvertreter sich das Recht anmaßen, über missliebige Bürgerinnen und Bürger
1091 Informationen zu sammeln, die für deren Verfolgung herangezogen werden können.

1092

1093 Die Auseinandersetzung türkischer Regierungsfunktionäre mit ihren Gegnern wie auch jede
1094 Austragung innertürkischer Konflikte haben auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland
1095 nichts zu suchen.

1096

1097

1098 G 06 Gewinnverwendung der Sparkassen

1099

1100 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Unterbezirk Main-Kinzig**

1101

1102 **Beschlussempfehlung: Ablehnung**

1103

1104 Die Verwaltungsräte der Sparkassen sollen in Zukunft dafür sorgen, die Gewinne der
1105 jeweiligen Sparkassen wie folgt zu verwenden:

1106

1107 Nach Erreichen der gesetzlich vorgeschriebenen Mindest-Rücklage nach §150 AktGesetz
1108 (zurzeit 10%) sind die Überschüsse an die kommunalen Träger der Sparkassen komplett
1109 auszuschütten.

1110

1111 Dabei ist als Schlüssel nicht die Einwohnerzahl der Kommunen maßgeblich, sondern die
1112 Flächengröße der jeweiligen Kommune. Hierdurch sollen die Mehrbelastungen die durch
1113 höhere Aufwendungen für Infrastrukturmaßnahmen (z.B. längere Leitungen) ausgeglichen
1114 werden.

1115

1116

1117 G 07 Vorstandsgehälter in Sparkassen

1118

1119 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Unterbezirk Main-Kinzig**

1120

1121 **Beschlussempfehlung: Ablehnung**

1122

1123 Die Verwaltungsräte der Sparkassen sollen in Zukunft die Vorstandsbezüge der Sparkassen wie
1124 folgt deckeln:

1125 Die Vorstandsmitglieder werden entsprechend ihrem öffentlichen Auftrag entlohnt.

1126

1127 Das bedeutet: der Vorsitzende des Vorstandes wird in der Höhe des gewählten politisch
1128 Verantwortlichen seiner Region entlohnt. In Landkreisen richtet sich dies nach den Bezügen des
1129 Landrates, der Landrätin, in Großstädten nach den Bezügen des Oberbürgermeisters, bzw. nach
1130 den Bezügen der Oberbürgermeisterin.

1131

1132 Die Bezüge der übrigen Vorstandsmitglieder orientieren sich am Vergütungstarifvertrag für
1133 den öffentlichen Dienst. Als Rahmen sind Vergütungen für Fachärzte und Leitende Oberärzte
1134 anzulegen.

1135

1136 Die durch neue Vergütungsstruktur erzielten Einsparungen sind an die Gewährleistungsträger,
1137 sprich Kommunen auszuschiütten.

1138

1139

1140 **G 08 Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen**
1141 **inzusetzen.**

1142

1143 **AntragstellerIn: AG SPD-Bezirk 60 plus Weser-Ems**

1144

1145 **EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion**

1146 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

1147

1148 **Die AG 60 plus lehnt eine Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge ab. Dazu gehören:**

1149 - Wasser und Luft

1150 - Verkehrsinfrastruktur

1151 - Kommunikationsinfrastruktur

1152 - Energie

1153

1154 **Die Rückführung bereits privatisierter Bereiche ist anzustreben.**

1155 Zur Daseinsvorsorge zählen auch die Bereiche Wohnen und Teilhabe am gesellschaftlichen
1156 Leben. Insbesondere im Alter, aber auch bei Krankheit, für Alleinstehende und sonstige in
1157 besonderer Weise belastete Menschen stehen wir ein für

1158 - unbedingt menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen auch für kleinere
1159 Einkommen,

1160 - eine verstärkte Förderung von an die demografische Entwicklung angepassten neuen
1161 Wohnformen,

1162 - die Verbesserung der infrastrukturellen Versorgung der Menschen mit besonderem
1163 Schwerpunkt auf der Beseitigung von Defiziten in den ländlichen Räumen.

1164

1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174

STEUERN UND FINANZEN

1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182

1183 SF 01 Gleiche Besteuerung

1184

1185 **Antragstellerin:** AG SPD 60 plus Landesverband Berlin

1186

1187 **EmpfängerIn:** SPD-Bundesparteitag

1188 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1189

1190 Die Bundesdelegiertenkonferenz der AG 60 plus möge beschließen

1191 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

1192

1193 ~~Erträge~~ **Einkünfte** aus Kapitalanlagen ~~anlagen~~ **vermögen** sind gleich wie alle anderen Einkünfte zu
1194 besteuern.

1195

1196

1197 SF 02 Kommunen und demographischer Wandel

1198

1199 **Antragstellerin:** AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg

1200

1201 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

1202 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1203

1204 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Kommunen

1205 bei Bedarf zusätzlich unterstützt werden können bei der Bewältigung der durch den

1206 demographischen Wandel ihnen zuwachsenden Aufgaben. In diesem Zusammenhang ist auch

1207 zu prüfen, ob die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ und

1208 deren Verankerung im Grundgesetzgesetz sinnvoll ist.

1209

1210 **Begründung:**

1211 Der 7. Altenbericht der Bundesregierung von 2016 richtet den Fokus auf die Kommunen, die

1212 wachsende Aufgaben erfüllen müssen, um der Generation im Rentenalter ein gutes,

1213 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Das hat nicht nur mit der größeren Zahl alter

1214 Menschen, sondern auch mit veränderten qualitativen Anforderungen zu tun.

1215

1216 Mögliche Fragestellungen in diesem Zusammenhang: Sind Kompetenzen und Ressourcen der

1217 Kommunen ausreichend? Funktioniert die Arbeitsteilung zwischen den Akteuren und über die

1218 politischen Ebenen hinweg? Wie ist sicherzustellen, dass die Interessen der jungen Generation

1219 nicht aus dem Blickfeld geraten?

1220

1221

1222

1223

1224 SF 03 Öffentlicher Personennahverkehr

1225

1226 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Brandenburg**

1227

1228 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

1229 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1230

1231 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu untersuchen, wie der ÖPNV zukünftig

1232 finanziert und von Bundesebene besser unterstützt werden muss, um bundesweit im

1233 ländlichen Raum ein ausreichendes Angebot sicherzustellen.

1234

1235 Begründung:

1236 Eine wachsende Zahl älterer Menschen ist auf ein ausreichendes Verkehrsangebot angewiesen,

1237 um Arzt- und Ämterbesuche durchführen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu

1238 können.

1239

1240 Deshalb sollte untersucht werden, welche Möglichkeiten es jenseits der geltenden Regelungen

1241 gibt, solche Verkehrsleistungen bezahlbar sicherzustellen. Dabei sollte innovativ und über

1242 Länder- und Kreisgrenzen hinweg gedacht werden. Wo notwendig, muss die Bundesregierung

1243 Zuschüsse dazu leisten.

1244

1245

1246 SF 04 Mehr soziale Gerechtigkeit

1247

1248 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Kreisverband Gütersloh**

1249

1250 **EmpfängerInnen:** 60 plus Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

1251 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1252

1253 **Wir fordern die Stärkung des Sozialstaates auch durch mehr Solidarität der Reichen in unserem**

1254 **Land.**

1255

1256 Begründung:

1257 Trotz guter Konjunktur und Arbeitslage geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter

1258 auseinander. Armut ist schon seit Jahren kein Randphänomen, sondern dringt immer stärker in

1259 die Mitte der Gesellschaft vor. ~~Deswegen muss der~~ Der Sozialstaat muss gestärkt werden, auch

1260 um die Chancengleichheit und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu

1261 gewährleisten. Das heißt, Einkommensreichtum und Vermögen müssen endlich höher

1262 besteuert werden, um der zunehmenden Spaltung von Arm und Reich wirksame Mittel

1263 entgegenzusetzen.

1264

1265 Dazu gehören auch eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und eine
1266 Finanztransaktionssteuer. Nur so entsteht eine gerechte soziale Verteilungspolitik.

1267

1268

1269 SF 05 Gerechtere Erbschaftsteuer

1270

1271 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

1272

1273 **Beschlussempfehlung: Ablehnung**

1274

1275 Bei der angekündigten Erarbeitung einer Erbschaftsteuerreform fordert die AG 60 plus gleiches
1276 Recht für alle Erbschaften.

1277 Bei nachgewiesenen Gefährdungsrisiken infolge betrieblicher Erbschaftssteuerlasten sind
1278 geeignete Zeitverlaufs- und Relationsbedingungen vorzusehen.

1279

1280

1281 SF 06 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung

1282

1283 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

1284

1285 **Beschlussempfehlung: zurückgestellt**

1286

1287 Angesichts der umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten Hochvermögender ist die jetzige
1288 Mehrfachnutzungsmöglichkeit von Freibeträgen bei Schenkungen und Erbschaft auf ein
1289 einziges Mal zu beschränken.

1290

1291

1292 SF 07 Kommission Vermögenssteuer

1293

1294 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

1295

1296 **Beschlussempfehlung: zurückgestellt**

1297

1298 Die auf dem Wahlprogramm-Parteitag beschlossene "Kommission Vermögenssteuer" wird
1299 beauftragt, antragfähige Lösungen zur Einbeziehung aller Netto-Vermögenswerte zu finden,
1300 die unter Anrechnung eines Freibetrages von 1 Million Euro pro Person und angemessenen
1301 Flexibilitätsregeln bei nachgewiesenen Problemlagen einen angemessenen Beitrag zur
1302 dringend erforderlichen Finanzierung elementarer Infrastrukturbedarfe leisten.

1303

1304

1305

1306 SF 08 Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter

1307

1308 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Nordrhein-Westfalen**

1309

1310 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

1311 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1312

1313 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei weiterhin unabsehbaren Verzögerungen bei
1314 der Einführung einer Transaktionssteuer im europäischen Rahmen für eine nationale
1315 Vorreiterrolle einzusetzen.

1316

1317

1318 SF 09 Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung

1319 ~~von vermögensverwaltenden Immobiliengesellschaften mit privaten~~

1320 ~~Grundstücksverkäufern~~

1321

1322 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz**

1323

1324 **EmpfängerIn:** SPD-Bundestagsfraktion

1325 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1326

1327 **Die Bundeskonferenz fordert die Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung von**
1328 **vermögensverwaltenden Immobiliengesellschaften mit privaten Grundstücksverkäufern.**

1329

1330 Während normale Immobilienkäufe mit einer Grunderwerbsteuer von bis zu 6,5 % des
1331 Kaufpreises besteuert werden, wird die Übertragung von Gesellschaftsanteilen bei
1332 Immobiliengesellschaften bisher nicht entsprechend besteuert.

1333

1334 In diesem Fall eines sogenannten Share Deals werden zum Beispiel die Gesellschaftsanteile
1335 einer (Grundbesitz-) GmbH an neue Gesellschafter verkauft. Da die Gesellschaft sich nicht
1336 ändert, sondern lediglich deren Gesellschafter (Eigentümer) wird oft die
1337 Grundstücksübertragung nicht bekannt. Denn die Grundbucheintragung lautet unverändert
1338 auf den Namen des Unternehmens, nicht aber auf die Eigentümer dieses Unternehmens. Die
1339 Besteuerung entfällt bei der bisherigen Regelung.

1340

1341 Insoweit entziehen sich diese Unternehmen der Grunderwerbsbesteuerung. Dies bedeutet eine
1342 eindeutige Benachteiligung für die normalen Häuslebauer und die Unternehmen, die sich im
1343 sozialen Wohnungsbau engagieren und ihre Steuern entrichten.

1344

1345 Da die Länder immer mehr aus finanzpolitischen Gründen an der Grunderwerbsteuerschraube
1346 zu Lasten der Vorgenannten drehen, ist eine gesetzliche Änderung dringend geboten.

1347 Insbesondere auch, weil den Ländern dadurch jährlich schätzungsweise zwischen einer halben

1348 und einer Milliarde Steuereinnahmen entgehen. Im Falle einer entsprechenden Änderung
1349 könnten die Steuersätze reduziert werden und somit zu einer Entlastung bei den Häuslebauern
1350 und im sozialen Wohnungsbau führen.

1351

1352

1353 SF 10 Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer 1354 für den sozialen Wohnungsbau

1355

1356 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz**

1357

1358 **EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion**

1359 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

1360

1361 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Abschaffung ~~oder Reduzierung der~~
1362 ~~Grunderwerbsteuer und~~ der Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen, mit dem
1363 Ziel kostengünstiges Bauen zu ermöglichen.

1364

1365 Begründung:

1366 Überprüfung der Landesbauordnung (und der DIN-Vorschriften) mit dem Ziel, durch
1367 Reduzierung von Überregulierungen
1368 kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen.

1369

1370 Es besteht ein erheblicher Nachholbedarf an bezahlbarem und (behindertengerechtem)
1371 Wohnungsbau für Jung und Alt. Die gewinnorientierte private Bauwirtschaft wird sich in
1372 diesem Segment kaum engagieren. Der soziale Wohnungsbau ist demnach primär von
1373 gemeinnützigen Bauunternehmen in kommunaler Trägerschaft, von Genossenschaften und
1374 Privatinitiativen zu schultern.

1375

1376 Hierfür ist ein kostengünstiges Bauen erforderlich, um eine entsprechend günstige (Kosten-)
1377 mierte zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Landesbauordnung und die Din-
1378 Normen für die Bauausführung im Hinblick auf kostengünstiges Bauen zu überprüfen.

1379 Um die Baukosten für den sozialen Wohnungsbau zu senken, soll die Grundsteuer für dieses
1380 Wohnungsbausegment entfallen. Zudem ist es von der einen Tasche in die andere
1381 gewirtschaftet, wenn die Grunderwerbsteuer die Baukosten erhöht, diese andererseits aber
1382 wieder mittels öffentlicher Fördermittel mitfinanziert werden.

1383 Zudem sollte bei den Kommunen darauf hingewirkt werden, Grundsteuervergünstigungen für
1384 den Sozialen Wohnungsbau herbeizuführen.

1385

1386

1387

1388 SF 11 Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen
1389 wie z.B. im Dieselskandal

1390

1391 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

1392

1393 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1394 **Beschlussempfehlung: Annahme**

1395

1396 Die Paragraphen 10 Absatz 3 Körperschaftssteuergesetz (letzter Satz) und Paragraph 12 Absatz
1397 4 Einkommensteuergesetz (letzter Satz) betreffen die Steuerbefreiung von
1398 Wiedergutmachungszahlungen und müssen präzisiert werden: Entschädigungszahlungen
1399 gelten nicht als Wiedergutmachungen, sofern sie auf Urteilen eines Gerichtes bzw. gerichtlich
1400 sanktionierten (z.B. eines Vergleichs) Vereinbarungen beruhen.

1401

1402 Begründung:

1403 Es ist unbefriedigend und tritt das allgemeine Rechtsempfinden mit Füßen, dass beispielsweise
1404 VW die 20 Milliarden Entschädigungszahlungen an US-amerikanische Autokäufer als
1405 Wiedergutmachung steuermindernd geltend machen kann. Damit werden der Staat und der
1406 Steuerzahler zusätzlich zur Finanzierung gesetzwidriger Manipulationen zur Kasse gebeten.
1407 Nach aktuellem Körperschaftsteuersatz beträgt die "Beteiligung" des Steuerzahlers ca. 5
1408 Milliarden Euro.

1409

1410

1411 SF 12 Grundfreibetrag

1412

1413 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Schleswig-Holstein**

1414

1415 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1416 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

1417

1418 ~~1. Der Grundfreibetrag ist für alle Steuerzahler ab 2018 jährlich neu zu berechnen um~~
1419 ~~einen Rückfall unter die Armutsgrenze bei Lohn- bzw. Rentenerhöhungen zu~~
1420 ~~vermeiden.~~

1421 2. Die nachgelagerte Rentenbesteuerung, die seit 2005 eingeführt wurde und bis 2040 zu
1422 einer 100 % -igen Besteuerung der Renten führen soll (ohne anzurechnenden
1423 Rentenfreibetrag), ist grundsätzlich aufgrund der mit der „Agenda 2010“ eingeführten
1424 erfolgten Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen und den daraus resultierenden
1425 Folgen für zukünftige Rentner neu zu überdenken, um Altersarmut zu vermeiden.

1426

1427 Begründung zu 1:

1428 Im Verlauf der Jahre 2014-2017 ist der Grundfreibetrag von 8354€ jährlich jeweils zwischen
1429 118€ bis 180€ gestiegen. Für 2018 ist eine Steigerung von 8820€ auf 9000€ geplant. Dies

1430 entspricht einem monatlichen Steuerfreibetrag in Höhe von 750€. Für das laufende Jahr 2017
1431 sind es monatlich 735€.

1432

1433 Diese Einkommen pro Person lagen und liegen deutlich unterhalb der Armutsgrenze
1434 (Armutsbbericht 2017: Single weniger als 917€, Alleinerziehende mit einem Kind weniger als
1435 1192€, vierköpfige Familie je nach Alter der Kinder zwischen 1978€ und 2355€ monatlich).
1436 Wenn der Grundfreibetrag überschritten wird, greift jedoch die Besteuerung des Einkommens.
1437 Dies war der Fall bei der Mütterrente, die nicht nur für viele Rentnerinnen, sondern auch für
1438 Rentner mit Erziehungsjahren zutraf.

1439

1440 Auch die Festsetzung des Mindestlohnes führte in vielen Fällen zu einer Besteuerung des
1441 Einkommens und führte letztendlich zu einer Mindereinnahme.

1442

1443 Bedenkt man, dass in vielen Kommunen die allgemeinen Abgaben wie Wasser-, Abwasser-,
1444 Entsorgungs-, Energie-, und Mietkosten gestiegen sind, ist die Anhebung insbesondere für
1445 niedrige Einkommen, zu denen sowohl Renten wie auch Mindestlöhne zählen, eine Maßnahme
1446 gegen Altersarmut sowie Armut allgemein eine zwingende Vorgabe, die im Bedarfsfall aus dem
1447 Steuersäckel gezahlt wird und nicht den Sozialkassen überlassen wird, wie es bisher der Fall
1448 war.

1449

1450 Begründung zu 2:

1451 Die im Jahr 2005 beschlossene nachgelagerte Rentenbesteuerung ging von den damals zu
1452 erwartenden Renten und den Erhöhungen aus.

1453 Seit 2010 hat sich die Entwicklung der Renten durch Gesetze wie die erleichterte Zulassung der
1454 befristeten Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeitsverträge, Leiharbeitsverhältnisse, Ein-Euro-Jobs
1455 sowie ALG1 und ALG2 auf drastische Weise für die zukünftigen Rentner in eine Richtung zur
1456 Altersarmut begeben.

1457

1458 **Das heißt im Endeffekt, dass Deutschland sich in ein Land mit vielen Reichen, aber noch mehr
1459 zu alten Menschen – sprich Rentnern – in die Altersarmut bewegt. Dies ist sozialer Sprengstoff
1460 für einen Konflikt zwischen Jung und Alt, sowie Besitzer von Arbeit und Arbeitslose.**

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482

EUROPA UND AUßENPOLITIK

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491 **EA 01 Resolution: Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der**
1492 **Entwicklungszusammenarbeit**

1493

1494 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1495

1496 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1497 **Beschlussempfehlung: Annahme**

1498

1499 Die politisch Verantwortlichen insbesondere auf Bundesebene, aber auch auf kommunaler und
1500 auf Landesebene beschränken sich zum großen Teil auf Abwehrreaktionen bei der
1501 Flüchtlingsproblematik und klammern die möglichen Aktionsfelder, die zu einer konkreten
1502 Fluchtursachenbekämpfung führen, weitestgehend aus. Das bedauern viele ehrenamtlich im
1503 Bereich Migration/Integration engagierte Menschen, die seit vielen Jahren in der sogenannten
1504 EINE-Weltarbeit tätig sind. Sie verweisen im Rahmen ihrer Arbeit immer wieder darauf, dass
1505 die gerade auch Europa erreichten Flüchtlingsbewegungen schon seit langem vorausgesehen
1506 werden konnten und auch schon seit vielen Jahren existieren. Es wird dabei u.a. auf den Film
1507 „Der Marsch“ verwiesen, der schon Anfang der 90er Jahre viele Menschen schockiert hat. Im
1508 Deutschen Bundestag hat die Mehrheit der Mitglieder der Enquete-Kommission
1509 „Herausforderungen der Globalisierung für die Weltwirtschaft“ schon 2001 in dem Bericht
1510 dieser Kommission auf die Zusammenhänge von internationaler Ausbeutung, Not und Elend
1511 und die damit oft zusammenhängenden kriegerischen Auseinandersetzungen hingewiesen
1512 und eine Änderung der Politik eingefordert.

1513

1514 Vor allem auf die internationalen Rahmenbedingungen für den Welthandel im Kontext der
1515 WTO und die internationale Finanzarchitektur wurde verwiesen und eine grundsätzliche
1516 Reform eingefordert, die aber ausgeblieben ist. Die deutsche internationale Politik, besonders
1517 eine nachhaltige Politik der Entwicklungszusammenarbeit blieb weit hinter den
1518 Notwendigkeiten und der Zielsetzung 0,7 % der Bundesmittel für Entwicklungsmaßnahmen in
1519 Entwicklungsländern bereit zu stellen, zurück. Die Folgen waren und sind immer noch
1520 verheerend, nicht nur bezogen auf die sogenannte internationale Finanzkrise. Nach wie vor
1521 sind Verträge richtungsweisend, die wie bei TTIP und CETA die Starken bevorteilt, worauf
1522 insbesondere afrikanische Reformpolitiker verweisen. Auch dass die Folgen des Klimawandels
1523 und insbesondere auch die Exportsubventionierungen dazu führen, dass die Verelendung der
1524 Menschen in weiten Teilen der Welt fortgeschritten ist und fortschreitet, ist unübersehbar.
1525 Dafür gibt es viele Beispiele. Darüber muss mehr aufgeklärt und bei der Bildungs- und
1526 Öffentlichkeitsarbeit gerade auch der SPD hingewiesen werden.

1527

1528 Auch dass nach wie vor militärische Interventionen als Mittel zur Befriedung und Abwehr
1529 eingesetzt wurden und werden, führt immer wieder dazu, dass die Flüchtlingsströme
1530 zunehmen. Darum muss es eine global verankerte Neuausrichtung der Politik geben, wie sie
1531 Ende 2015 in Paris zumindest in Ansätzen vereinbart worden ist. Das Motto des langjährigen
1532 Vorsitzenden der SPD, des Friedensnobelpreisträgers und früheren Bundeskanzlers Willy

1533 Brandt, „Überleben sichern“ muss im Mittelpunkt des politischen Handels stehen. Anregungen
1534 dafür gibt es dafür in den zahlreichen entwicklungs- und friedenspolitischen Aktionsgruppen
1535 u.a. mit den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen
1536 (NRO's) und auch zum Beispiel mit kommunalen Entwicklungspartnerschaften, in deren
1537 Rahmen dafür gesorgt wird, dass die Lebensbedingungen in den Partnergemeinden in
1538 Entwicklungsländern verbessert werden. Auch dass immer mehr Unternehmer bereit sind,
1539 Flüchtlinge einzustellen und auch Ausbildungsplätze anzubieten, zeigt, dass das Wissen um die
1540 Notwendigkeit Qualifizierung für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern zu ermöglichen, weit
1541 verbreitet ist. Aber es zeigt sich auch, dass die politisch Verantwortlichen es immer noch
1542 versäumt haben und versäumen, die gesetzlichen Grundlagen für die Anstellung und
1543 Ausbildung von Flüchtlingen so zu verändern, dass eine Anstellung bzw. Ausbildung für
1544 Flüchtlinge auch mit dem Status einer nur auf kurze Zeit begrenzten Duldung zu ermöglichen.
1545

1546 Schlimm ist auch, dass über die sogenannte deutsche „Entwicklungshilfe“ keine Aufklärung in
1547 den Nehmerländern darüber organisiert wird, was die Flüchtlinge in Deutschland oder in
1548 anderen Ländern erwartet. Und die NRO's im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit
1549 müssen immer wieder langwierige bürokratische Antrags- und Kontrollverfahren durchlaufen,
1550 bevor Entwicklungsprojekte überhaupt durchgeführt werden können. Auch sind die von der
1551 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Bundesregierung geplanten und
1552 durchgeführten Maßnahmen immer wieder zu sehr an den Interessen der in den jeweiligen
1553 Ländern Herrschenden und auch an den deutschen Interessen orientiert und erreichen die
1554 armen und notleidenden Menschen, die dann oft versuchen, ihre Heimatländer zu verlassen,
1555 nicht. Ein Problem besteht auch darin, dass es immer schwieriger geworden ist, für Partner aus
1556 Organisationen, mit denen langjährige Entwicklungspartnerschaften bestehen, Visa für
1557 Aufenthalte zwecks Weiterbildung und Qualifizierung in Deutschland zu bekommen. Hier
1558 könnte auch viel getan werden für die Vermittlung von Informationen über die
1559 Fördermöglichkeiten für Menschen aus Entwicklungsländern, Durchführung von Praktika und
1560 auch materielle Unterstützung für Maßnahmen der Entwicklungsarbeit.
1561

1562 Auch an der konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit mit Ländern, die deutsche Finanzmittel für
1563 Entwicklungszusammenarbeit bekommen, mangelt es. So sind zum Beispiel Somalier mit
1564 kenianischen Pässen und Schengen-Visa über die Niederlande nach Deutschland gekommen.
1565 Diese beiden Sachverhalte wurden und werden bis heute bei Regierungsverhandlungen nicht
1566 zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht, wenn über Entwicklungsprojekte verhandelt
1567 wird. Das alles hat immer wieder dazu geführt, dass die gesellschaftlichen Probleme in vielen
1568 Entwicklungsländern, aber auch vor allem in den letzten Jahren auch in Deutschland und den
1569 europäischen Ländern umfangreicher geworden sind und es auch immer mehr zu kriegerischen
1570 Auseinandersetzungen gekommen ist. Eine der Folgen ist auch, dass es immer mehr Menschen
1571 gibt, die das Vertrauen in die politischen Gestaltungsmöglichkeiten verloren haben.
1572

1573 Darum ist es notwendig, dass gerade von der SPD mit positiven Beispielen gezeigt wird, dass es
1574 Wege gibt, die aus dem weltweiten Dilemma hinausführen. In der SPD zeigt die AG 60 plus mit
1575 ihrer Unterstützung von Helpage, dass konkretes solidarisches Handeln im Bereich der

1576 Entwicklungszusammenarbeit zu positiven Ergebnissen führt. Solche Aktivitäten sollten
1577 gefördert und ausgebaut werden. Die Bundeskonferenz fordert dazu auf, solche Aktivitäten zu
1578 unterstützen und auszubauen.

1579

1580

1581 EA 02 Resolution: Waffenlieferungen

1582

1583 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1584

1585 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

1586 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1587

1588 Es ist notwendig, dass alle politisch Verantwortlichen dazu aufgefordert werden, für eine
1589 umfangreiche Aufklärung über die in der Öffentlichkeit diskutierten Waffengeschäfte u.a. mit
1590 Ländern des Nahen Ostens zu sorgen. Die Verantwortlichen sollen sich für ein Waffenembargo
1591 – insbesondere gegen Saudi-Arabien – einsetzen.

1592

1593 Auch wird dazu aufgefordert, ein gesetzliches Verbot für den Export von Kleinwaffen und der
1594 zugehörigen Munition zu beschließen. Das soll auch gelten für Lizenzen zum Nachbau von
1595 Kleinwaffen und der zugehörigen Munition. Auch sollen erteilte Lizenz-Genehmigungen
1596 widerrufen werden. Ferner sollen Rückruf- und Verschrottungsaktionen für bereits gelieferte
1597 Kleinwaffen organisiert werden.

1598

1599 Waffenproduktion und Waffenhandel leisten keinen Beitrag, um die nationale Sicherheit eines
1600 Landes zu gewährleisten. Denn die in manche Länder gelieferten Waffen, zu denen auch
1601 Kleinwaffen gehören, werden oft weitervermittelt und werden dann von Organisationen wie IS
1602 genutzt, um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Das hat insbesondere wieder neu die
1603 kriegerische Entwicklung der letzten Jahre gezeigt.

1604

1605 Da Waffenhandel ein gutes Geschäft ist, ist weltweit der Umsatz der 100 größten
1606 Rüstungsunternehmen seit Jahren gestiegen, so dass bereits im Jahr 2011 der Umsatz bei 410
1607 Mrd. US Dollar lag. Das SIPRI (=Stockholm International Peace Research Institute) hatte schon
1608 2015 errechnet und mitgeteilt, dass der internationale Handel mit Rüstungsgütern von 2009
1609 bis 2013 um 14 % im Vergleich zum vorgehenden Vierjahreszeitraum zugenommen hat. Diese
1610 Tendenz ist weiter gestiegen. Der Rüstungsmarkt wird in allen Ländern von großen
1611 Unternehmen und zum Teil multinationalen Konzernen dominiert.

1612

1613 Da die Entwicklung hochtechnologischer neuer Waffensysteme sehr teuer ist, können über
1614 Exporte und damit höhere Stückzahlen die Entwicklungskosten besser aufgefangen werden.
1615 Gleichzeitig führt die ständige Entwicklung neuer Waffensysteme dazu, dass
1616 Rüstungskontrollvereinbarungen und völkerrechtliche Regelungen unterlaufen bzw. überholt
1617 werden. Dies zeigt sich aktuell im Bereich der Entwicklung von Drohnen und voll
1618 automatisierten Waffensystemen.

1619 Von politischer Seite werden in Deutschland Rüstungsexporte verstärkt als Mittel eingesetzt,
1620 um strategische „Partner“ auch außerhalb der NATO zu unterstützen und um dort politischen
1621 und wirtschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Aber eigentlich verbieten die politischen
1622 Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 Rüstungslieferungen in Krisengebiete und
1623 in Staaten, die die Menschenrechte missachten. Dazu gehören auch die Waffenexporte nach
1624 Saudi-Arabien mit unter anderem 23 zivilen Hubschraubern mit militärischen Einbauten und
1625 1.210 Maschinengewehren und -pistolen in den Oman.

1626 Die Diskussion in der Öffentlichkeit, die u.a. von Organisationen wie Pax Christi geführt wird,
1627 verbunden mit Aktionen, die unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ organisiert
1628 werden, muss gerade auch von der SPD glaubwürdig geführt werden und sich nicht nur auf
1629 „Aufrufe“ in Wahlauseinandersetzungen beschränken. In einer Stellungnahme von Pax Christi
1630 dazu heißt es: *„Auf Dauer wird es nicht funktionieren, wenn der eine Teil der Welt in Wohlstand
1631 und Frieden lebt, und der andere in Armut und Krieg. In Armut und Krieg möchte niemand leben.“*
1632 *Darüber hinaus gilt insbesondere für die Bekämpfung von Fluchtursachen: Es darf keine*
1633 ***Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und Diktaturen geben.***

1634

1635

1636 **EA 03 Resolution: In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich**
1637 **handeln**

1638

1639 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1640

1641 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

1642 **Beschlussempfehlung: Annahme**

1643

1644 **Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und**
1645 **Bewirtschaftung von Grundstücken**

1646

1647 Die Bundeskonferenz fordert alle politisch Verantwortlichen dazu auf, sich durch
1648 Berücksichtigung sozialer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung
1649 von Grundstücken ihrer Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft an
1650 Menschenwürde und Menschenrechten zu stellen. Und durch die Berücksichtigung
1651 ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung von
1652 Grundstücken soll auch die Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft auf
1653 Nachhaltigkeit verstärkt berücksichtigt werden. Durch die Beschäftigung mit den Kriterien und
1654 Festlegung verlässlicher Regeln nehmen alle politisch Verantwortlichen mit ihrem Handeln
1655 zugleich die Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wahr,
1656 wie es in den zahlreichen besonders kirchlich geprägten entwicklungs- und friedenspolitischen
1657 Aktionsgruppen zum Ausdruck gebracht wird.

1658

1659 Dazu gehört zum Beispiel das faire und klimafreundliche Einkaufen. Die Organisation,
1660 Beschaffung und Bewirtung bei Veranstaltungen sollen sich an Nachhaltigkeitskriterien

1661 orientieren, Ressourcen schonen und unnötige Klimaverbräuche vermeiden. Hier steht der
1662 Einkauf regional und / oder ökologisch hergestellter Produkte sowie von Produkten aus fairem
1663 Handel im Vordergrund. Die Gliederungen der SPD werden aufgefordert, sich für die
1664 Durchführung ihrer Veranstaltungen auf entsprechende Leitlinien und konkrete Maßnahmen
1665 in diesem Sinne zu verständigen.

1666

1667 Anregungen werden gegeben zum Beispiel durch Projekte wie Global Nachhaltige Kommunen,
1668 die es in einigen Bundesländern schon gibt. Sie leisten einen Beitrag zur systematischen
1669 Umsetzung der globalen 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene.
1670 Die 2030-Agenda und die dazugehörigen Globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable
1671 Development Goals, SDGs) hat die UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet.
1672 Dabei werden insbesondere die Themen Bildung, natürliche Ressourcen und Umwelt, Klima
1673 und Energie, Mobilität, Arbeit und Wirtschaft, Konsum und Lebensstil verfolgt.

1674

1675 Hierin liegen eine Vielzahl von Handlungsfeldern, die von den entwicklungs- und
1676 friedenspolitischen Aktionsgruppen und NRO's wie Brot für die Welt, Misereor, etc. bereits
1677 langjährig und kompetent verfolgt werden. Eine Unterstützung der von ihnen betriebenen
1678 Projekte sollte verstärkt von der SPD organisiert werden. Die Themen dazu sollten auch als
1679 Schwerpunkte in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden.

1680 Die genannten Gruppen setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, die wirtschaftliche und soziale
1681 Situation von benachteiligten Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeitern im
1682 Globalen Süden zu verbessern. Sie sollen für ihre Arbeit und ihre Produkte angemessen bezahlt
1683 werden und eine stabile Existenz aufbauen können. Viele Fair Trade Kommunen unterstützen
1684 dieses Anliegen auch im politischen Raum.

1685

1686 Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dabei aktiv und regen zu weiteren
1687 Aktivitäten an. Sie fordern dazu auf, Produkte aus Fairem Handel zu kaufen und tun das selbst.
1688 Bei Anlässen wie Verabschiedungen, Jubiläen, Geburtstagen, Dank an Referenten, etc. werden
1689 fair gehandelte Produkte oder entsprechende Präsentkörbe verschenkt. Mindestens einmal im
1690 Jahr werden Aktionen und Veranstaltungen zur Förderung und Bekanntmachung des Fairen
1691 Handels durchgeführt. Für Blumenschmuck außerhalb der Anbausaison (Mai-September)
1692 werden fair gehandelte, ansonsten heimisch wachsende Blumen verwendet. Über
1693 entsprechende Aktivitäten der SPD wird regelmäßig berichtet.

1694

1695 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus gibt mit den Anregungen und Aufforderungen zum
1696 Ausdruck, dass es viele Möglichkeiten der Wahrnehmung von Weltverantwortung im Sinne der
1697 Grundwerte der SPD insbesondere der Internationalen Solidarität gibt und das Überleben
1698 sichern (Willy Brandt) ein Grundprinzip der politischen Arbeit von Sozialdemokratinnen und
1699 Sozialdemokraten ist.

1700

1701

1702

1703 **EA 04 Resolution: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?**

1704

1705 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

1706

1707 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

1708 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1709

1710 Internationale Krisen befördern in der Bundesrepublik eine Diskussion zur Strategie der
1711 Außenpolitik.

1712 Nach einer langen und relativ erfolgreichen Phase der Außenpolitik der ruhigen Hand soll jetzt
1713 eine „gestaltende Außenpolitik“ praktiziert werden, die dem vermeintlich gestiegenen Gewicht
1714 der Republik in der Welt Rechnung tragen und mehr Verantwortung übernehmen soll.

1715 Diese soll auch den Einsatz „militärischer Mittel nicht von vornherein“ (Gauck) verwerfen. Von
1716 der Leyen bringt es auf den Punkt: „Wo auch immer gespielt wird, Deutschland schickt
1717 schießendes Personal.“ Mittlerweile sind militärische Beteiligungen an verschiedenen
1718 internationalen Krisen erfolgt und werden ausgeweitet. Einher geht dies mit der Ausweitung
1719 der NATO (Bundeswehr)-Präsenz in den östlichen Mitgliedsstaaten an der Grenze zu Russland.
1720 Und fast selbstverständlich wird vor diesem Hintergrund eine massive Erhöhung des
1721 bundesdeutschen Rüstungsetats gefordert.

1722

1723 Wir sehen dies mit Skepsis und Ablehnung, denn alle jüngeren Beispiele, etwa in Afghanistan,
1724 Irak, Libyen, zeigen das Desaster externer militärischer Interventionen.

1725 Vorrangig muss auf rechtzeitige Diplomatie und Ausgleich gesetzt werden.

1726

1727 **Ein Einsatz der BW im Rahmen des NATO-Auftrags nur mit UN-Mandat.**

1728 Wir wollen nicht, dass spätere Generationen nach erneutem Chaos und Kriegen über die
1729 „Schlafwandler“ des Jahres 2014 diskutieren.

1730

1731

1732 **EA 05 Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland**

1733

1734 **Antragsteller: AG SPD 60 plus-Landesverband Sachsen-Anhalt**

1735

1736 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

1737 **Beschlussempfehlung:** Annahme

1738

1739 Der SPD-~~Partei~~**Bundes**vorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, angesichts
1740 der weltweit immer stärker zunehmenden bewaffneten Konflikte auf eine erhebliche
1741 Reduzierung von Waffenexporten aus Deutschland hinzuwirken. Insbesondere ist der klare
1742 Grundsatz eines Embargos für die Lieferung von Waffen in Krisengebiete auf deutscher Seite
1743 strikt einzuhalten.

1744

1745 Begründung:

1746 Gerade die besondere Geschichte der Sozialdemokratie mit ihrer in anderthalb Jahrhunderten
1747 gewachsenen Selbstverpflichtung zur konsequenten internationalen Friedenspolitik verbietet
1748 es, das Thema der Waffenlieferungen vorrangig unter ökonomischen Gesichtspunkten zu
1749 sehen. Es besteht erheblicher Anlass zur Selbstkritik, wenn die Bundesrepublik Deutschland
1750 trotz langjähriger Regierungsverantwortung der SPD noch immer eine Spitzenstellung unter
1751 den waffenexportierenden Nationen einnimmt.

1752

1753 Das Bewusstsein der ökonomischen Stärke Deutschlands in allen Branchen sollte groß genug
1754 sein, um auf die Nutzung der besonderen Leistungsfähigkeit der deutschen Waffenindustrie
1755 verzichten zu können und eine entsprechend restriktive Ausfuhrpolitik zu betreiben.

1756

1757

1758

1759

1760

1761

1762

1763

1764

1765

1766

1767

1768

1769

1770

1771

1772

1773

1774

1775

1776

1777

1778

1779

1780

1781

1782

1783

1784

1785

1786

1787

1788

1789

1790

1791

1792

1793

1794

1795

1796

1797

WOHNEN

1798

1799

1800

1801

1802

1803

1804

1805 **W 01 Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren**

1806

1807 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Bayern**

1808

1809 **Beschlussempfehlung:** erledigt durch Annahme von Antrag AR 01

1810

1811 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der ~~entsprechende~~
1812 ~~Mindestanforderungen zu definieren, die erfüllt sein müssen, um den~~ Begriff 'Betreutes
1813 Wohnen' bundesweit einheitlich definiert und gesetzlich geschützt wird. ~~zu verwenden und~~
1814 ~~den Begriff 'Betreutes Wohnen' gesetzlich zu schützen.~~

1815

1816

1817 **W 02 Bezahlbarer Wohnraum**

1818

1819 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein**

1820

1821 **EmpfängerInnen:** SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

1822 **Beschlussempfehlung:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

1823

1824 Die Bundestags~~regierungs~~**fraktion** wird aufgefordert, dass besondes dafür gesorgt wird,
1825 dass die ältere Generation (~~auch die junge Generation~~) und auch die junge Generation mit
1826 bezahlbarem Wohnungsraum versorgt werden. Dieser ist barrierefrei zu errichten.

1827

1828 Alle Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die kommunalen, die öffentliche Fördermittel
1829 beanspruchen und verbauen, sind dazu verpflichtet, barrierefreien und bezahlbaren Wohn-
1830 raum zur Verfügung zu stellen.

1831

1832 **Begründung:**

1833 Bezahlbare Wohnungen sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und
1834 selbstbestimmtes Leben. In den Städten und Gemeinden muss darum ausreichend Wohnraum
1835 vorhanden sein, die für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbar sind.

1836

1837

1838

1839

1840

1841

1842

1843

1844

1845

1846

1847

1848

1849

1850

1851

1852

1853

1854

1855

1856

ORGANISATION

1857

1858

1859

1860

1861

1862

1863

1864

1865 **O 01 Prüfauftrag an den neuen Bundesvorstand AG 60 plus**

1866

1867 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein**

1868

1869 **EmpfängerIn: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1870 **Beschlussempfehlung: Weiterleitung an den neuen Bundesvorstand**

1871

1872 Die Bundeskonferenz soll den neuen Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus den
1873 Prüfungsauftrag erteilen, den Bundesvorstand künftig um 12 Vorstandsmitglieder und damit
1874 auf die Maximalstärke von 21 Vorstandsmitgliedern zu erweitern, damit jeder Landesverband
1875 durch mindestens 1 Mitglied im Bundesvorstand vertreten ist.

1876

1877 **Begründung:**

1878 Die mit Wirkung vom 26. März 2012 in Kraft getretenen „Grundsätze und Richtlinien für die
1879 Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ legen unter Teil II. „Besonderer Teil“

1880 Unterabsatz 3, fest, dass die Bundesvorstände der AG 60 plus, der ASF und der AFA aus einer /
1881 einem Vorsitzenden und bis zu weiteren 20 Mitgliedern bestehen können. Weiterhin ist im Teil
1882 I „Allgemeiner Teil“ Punkt 5 Finanzen festgelegt, dass die Arbeitsgemeinschaften im Rahmen
1883 dieser vorgegebenen Obergrenzen eigenverantwortlich über die Zahl der Mitglieder von
1884 Bundesvorstand und von Bundesausschuss entscheiden.

1885

1886 Die bisherige Festlegung auf neun Vorstandsmitglieder und einer / einem Vorsitzenden hat
1887 gezeigt, dass sich nicht alle Landesverbände der AG 60 plus durch dieses Gremium vertreten
1888 fühlen, zumal es immer wieder deutlich wird, dass Landesverbände mit starker Mitgliederzahl
1889 ihre Stärke in der Anzahl der Mitglieder im Bundesvorstand zu Lasten von kleineren
1890 Landesverbänden zum Ausdruck bringen. Kleinere Landesverbände haben somit kaum eine
1891 Chance, ihre Kandidatin / Kandidaten durchzubringen.

1892

1893 Mit diesem Antrag möchten wir das Thema „Gerechtigkeit“ auch für die Besetzung und
1894 Vertretung im Bundesvorstand vorantreiben.

1895

1896

1897 **O 02 Altern in Würde**

1898

1899 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Unterbezirk Main-Kinzig**

1900

1901 **EmpfängerIn: AG SPD 60 plus Bundesvorstand**

1902 **Beschlussempfehlung: Weiterleitung an den neuen Bundesvorstand**

1903

1904 Der neugewählte Bundesvorstand wird aufgefordert Materialien zu entwickeln und den
1905 Gliederungen bereitzustellen, die geeignet sind das Thema "altern in Würde" auf breiter Basis
1906 in Veranstaltungen der SPD AG 60 plus zu behandeln und zu vertiefen.

1907 Dabei sollen auch Ansätze beachtet werden, die eine Kooperation mit Partnern außerhalb der
1908 ??? möglich machen, um eine möglichst vielseitige Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen
1909 Gruppen zu erreichen, die einen mit uns kompatiblen Ansatz in diesem Themenbereich
1910 vertreten.

1911

1912 Die Grundinformationen und Hinweise im Newsletter 20, die von Reinhold Hemker und
1913 Annemarie Pell vorgelegt wurden, enthalten wichtige und beachtenswerte Hinweise.

1914

1915

1916

1917

1918

1919

1920

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

1933

1934

1935

1936

1937

1938

1939

1940

1941

1942

1943

1944

1945

1946

1947

1948

1949

1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959

RESOLUTIONEN

1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967

1968 **Resolution: Altersgerecht Leben**

1969

1970 **Antragstellerin: AG SPD 60 plus Landesverband Baden-Württemberg**

1971

1972 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion**

1973 **Beschlussempfehlung: Annahme**

1974

1975 Wohnen

1976

1977 Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht. Wir fühlen uns verpflichtet, wir sind
1978 verpflichtet, dies menschenwürdig und nach sozialdemokratisch geprägten Wertvorstellungen
1979 umzusetzen.

1980

1981 Endlich hat das Thema Wohnen eine politische Bedeutung erlangt wie seit über 20 Jahren
1982 nicht. Es eröffnet sich ein beinahe unübersehbares Themenfeld: von Mietpreisbremse,
1983 preisgünstigem Wohnen, Zweckentfremdung, sozialer Zusammenhalt,
1984 Wohnungsbauförderung, Wohnungsgemeinnützigkeit, soziale Stadtentwicklung,
1985 Gentrifizierung, genossenschaftliches Wohnen, Schwellenhaushalte, Kompensationsmittel,
1986 Nachhaltigkeit, urbane Gebiete, Baulandpolitik, Soziale Stadt, Wohnumfeld,
1987 Baufertigstellungen, Wohnbauallianz, revolvingen Wohnbaufonds, Wohnbauflächen,
1988 Konversion, Luxusmodernisierungen, Sonderabschreibungen, intakte Nachbarschaften,
1989 sozialräumliche Segregation, Wohnungsbauoffensive, Förderprogramme, Baugruppen,
1990 Städtebauförderung, Miethäusersyndikat, Wohngeld, Mietpreisbindungen,
1991 Quartiersmanagement, bezahlbares Wohnen, Mietspiegel, Wohnraumbedarfsanalysen bis zu
1992 Wohnungsbaustandards, durchmischten Quartieren, Sozialwohnungen, Integration, und es
1993 findet sich kein Ende der Ideen. Zum Bundesparteitag wurde ein richtungsweisender Antrag
1994 mit dem Schwerpunktthema Wohnen formuliert. Darin wird insbesondere eine altersgerechte
1995 Städtebauförderung gefordert. Im Schwerpunkt des Programms "Soziale Stadt" muss der
1996 demografische Wandel berücksichtigt werden, von der Familie mit Kindern bis zu den älteren
1997 Mitbewohnern in Singlehaushalten.

1998

1999 Wir fordern altersgerechten Wohnraum. Das Wohnungsangebot muss sukzessive und planvoll
2000 für die älter werdende Gesellschaft umgebaut werden. Das Programm "Altersgerecht
2001 umbauen" muss aus Bundesmitteln finanziert werden, die Baugesetze und das Baugesetzbuch
2002 müssen entsprechend weiterentwickelt werden. Staatliche Förderung muss an Barrierefreiheit
2003 gekoppelt werden. Die Wohnberatung muss ausgebaut werden, evtl. in die Pflegestützpunkte
2004 integriert. Die Finanzierung bzw. Förderung der Mehrgenerationenhäuser muss dauerhaft
2005 gesichert werden.

2006

2007 Es fehlen nicht nur Mietwohnungen insbesondere im sozialen Preisfeld, es bleibt auch
2008 unbeantwortet, wie Kommunen unterstützt werden, wenn sie nicht nur Sozialwohnungen,
2009 sondern auch Wohnungen für Schwellenhaushalte bauen wollen.

2010

2011 Kommunale Wohnbauunternehmen und Baugenossenschaften, die nicht renditeorientiert für
2012 Anleger arbeiten, sollten kräftig unterstützt werden, damit sie langfristig Mietkonditionen im
2013 Sinne des Gemeinwohls anbieten können. Überhaupt gilt es, genossenschaftliches Bauen zu
2014 stärken, den 1990 abgeschafften gemeinnützigen Wohnungsbau mit zeitlosen Bindungsfristen
2015 zu reaktivieren und die Formel der SPD Baden-Württemberg 40-30-30 zu implementieren (40
2016 Prozent für Sozialen Wohnungsbau, 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung und 30
2017 Prozent für die privat finanzierte Bebauung bei der Bebauung größerer Flächen).
2018
2019 Wir schlagen vor, Wohnungsbau über revolvingende regionale Wohnbaufonds zu finanzieren:
2020 Würden die Länder eigenes Vermögen statt Haushaltsmittel in Kombination mit
2021 bundesseitigen KfW-Mitteln zur Verfügung stellen, könnte mit solchen Fonds künftig
2022 weitestgehend unabhängig von den Landeshaushalten die Zahl der geförderten Wohnungen
2023 gesteigert werden. Solche Fonds refinanzieren sich langfristig und die Mieten wären dauerhaft
2024 gebunden.
2025
2026 Mit Blick auf die Nebenkosten liegen uns auch Mieterstrominitiativen am Herzen. Mieterstrom
2027 wird lokal produziert (Photovoltaikanlage auf dem Dach oder dem Balkon), verbessert die CO₂-
2028 Bilanz, spart den Umweg über Fernverkehrsnetze und Kosten.
2029
2030 Mobilität für jedes Alter bewahren
2031
2032 Stärkung des ÖPNV. Wenn die Grundversorgung ins Wanken gerät – Lebensmittelladen,
2033 Hausarzt, Apotheke, Sportverein, Schule und Bankfiliale nur noch in der nächst größeren
2034 Gemeinde zu finden sind – werden der Öffentliche Nahverkehr und moderne Modelle den
2035 Individualverkehr zu organisieren, zur Überlebensfrage.
2036
2037 Kommunen und Vereine sollen verstärkt "Bringdienste" anbieten, ebenso Dienstleistungen wie
2038 Lieferservice und Fahrdienste.
2039
2040 Wir fordern Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen – auch im ländlichen Raum. Das ist vor allem
2041 eine soziale Notwendigkeit, inzwischen fördern altersgerechte Bahnhöfe altersgerechten
2042 Tourismus und werden damit wichtig für die wirtschaftliche Stärkung einer Region.
2043
2044 Der (heute noch) notwendige motorisierte Individualverkehr bricht unter der Last des
2045 Güterverkehrs zusammen – Lastkraftwagen verstopfen die Straßen. Deshalb fordern wir die
2046 Reaktivierung der Politik: „Güter von der Straße auf die Schiene“.
2047
2048 Aus ökologischen Gründen soll der Umstieg auf das Fahrrad durch Ausbau der entsprechenden
2049 Radwegenetze erleichtert werden.
2050
2051 Mit dem Rückgang der daseinsvorsorgenden Infrastruktur im ländlichen Raum werden gute
2052 Kommunikationsmöglichkeiten immer wichtiger – deshalb fordern wir den zügigen
2053 Breitbandausbau.

2054 Verbesserungen bei Gesundheit und Pflege

2055

2056 Prävention und gesundheitliche Förderprogramme sind auf der Grundlage des
2057 Präventionsgesetzes durch die Sozialversicherungsträger weiter auszubauen. Sie sind eine
2058 wichtige Grundlage zur Vermeidung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

2059

2060 Ärztliche Behandlung, Rehabilitation und Pflege sind flächendeckend anzubieten und zu
2061 erhalten. Dazu gehört eine gute hausärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum.

2062

2063 Im Bereich der Pflege sind deutliche Fortschritte erzielt worden, sowohl im Bereich der
2064 aktivierenden Pflege und bei der Betreuung dementiell erkrankter Menschen. Auch die
2065 ambulante Pflege wurde durch Leistungsverbesserungen nachhaltig gefördert.

2066

2067 Wichtig ist die Anpassung der Leistungsbeiträge an die Preis- und Lohnentwicklung. Die
2068 Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Dazu gehört ein bundeseinheitlicher
2069 Branchentarifvertrag Soziales, um den derzeit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen
2070 Vereinbarungen zu begegnen.

2071

2072 Zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung und einer gerechten und auskömmlichen
2073 Finanzierung der Pflege fordern wir die Einführung der Bürgerversicherung Pflege. In die
2074 Bürgerversicherung zahlen Alle ein, alle Einkommensarten sind dabei für die Beitragszahlung
2075 heranzuziehen.

2076

2077 Auch im Bereich der Gesundheit (Krankenversicherung) wird eine Bürgerversicherung
2078 Gesundheit angestrebt.

2079

2080 Vermeidung von Altersarmut

2081

2082 Rentnerarmut ist fast immer die Folge von Einkommensarmut. Deshalb stehen faire Löhne,
2083 gutes Einkommen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Rentenentwicklung darf nicht von der
2084 Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Das ist der Grundsatz. Um allerdings ein Rentenniveau
2085 von mindestens 50 % zu erreichen, ist es vorübergehend notwendig, die Renten stärker zu
2086 steigern als die Löhne wachsen.

2087

2088 Die gesetzliche Rente muss weiterhin den wesentlichen Beitrag zur Sicherung des
2089 Lebensstandards im Alter leisten. Versicherungsfremde Leistungen müssen stets und
2090 ausreichend durch Steuergelder ausgeglichen werden. Die Solidarrente muss deutlich über
2091 dem Grundsicherungsniveau liegen. Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten und ehrenamtliches
2092 Engagement müssen besser berücksichtigt werden. Betriebliche und private Altersvorsorge
2093 sind Ergänzungen, kein Ersatz für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) oder Teile davon.

2094

2095 Um das Mehrklassensystem in der Altersvorsorge zu überwinden, wollen wir die GRV in eine
2096 Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.

2097 Auch der Bereich „Lebenslanges Lernen“ ist in diesem Zusammenhang wichtig. Die
2098 Funktionsfähigkeit eines Menschen ist nicht an ein chronologisches Alter gebunden, sondern
2099 wird von biologischen und sozialen Faktoren mitbestimmt. Schulbildung und Beruf sind daher
2100 wichtig, aber auch die Fort- und Weiterbildung im ganzen Berufsleben und auch im Ruhestand.
2101 Ein aktiver Ruhestand mit körperlichem und geistigem Training und das Zusammensein mit
2102 anderen Menschen fördert die Lebensqualität. Das Gefühl, gebraucht zu werden, ist im Beruf,
2103 aber auch in der Familie und im Ehrenamt sehr wichtig.

2104

2105 Armut ist oft auch eine Folge von Reichtum. Wir wollen eine gerechtere Teilhabe an den
2106 Arbeitsergebnissen unserer Gesellschaft. Dazu gehören faire Löhne und Einkommen, faire
2107 Preise und faire Einkommensteuern. Dazu gehört auch eine faire Besteuerung von Vermögen.

2108

2109 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist viel stärker eine Frage von Arm und Reich als eine
2110 Frage von Jung und Alt.

2111

2112 Umwelt

2113

2114 In erdgeschichtlichen Zeiträumen gedacht: noch niemals hat der Mensch egoistisch getrieben
2115 die Erde in einem solchen Geschwindigkeitsrausch ausgebeutet wie heute. Von
2116 Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu sprechen ist angemessen. An unsere Enkel zu
2117 denken, bedeutet Klima- und Umweltschutz – sowohl als nationale wie globale Aufgabe – in
2118 den Vordergrund zu rücken.

2119

2120 Essentiell ist dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien, also die Energiewende. Auch wenn
2121 viele Länder den Ausstieg aus der Atomenergie noch vor sich herschieben – wenn in
2122 Deutschland heute innovative, also neue Technologien entwickelt und zur Marktreife gebracht
2123 werden, die den Einsatz fossiler und anderer endlicher Ressourcen entbehrlich machen, haben
2124 die deutsche Industrie, Mittelstand und Handwerk, aber auch Lehre, Forschung, Entwicklung
2125 eine gute Zukunft.

2126

2127 Durch Kreislauffeffizienz und den effizienten Einsatz von Ressourcen wollen wir die Umwelt
2128 und das Klima schonen. In gleichen Dimensionen gedacht untergräbt auch die Reduzierung der
2129 Artenvielfalt, die Reduzierung der biologischen Vielfalt die Zukunftsfähigkeit des Menschen.

2130

2131 Über Waldsterben zu sprechen ist ein wenig aus der Mode gekommen, die CO₂-Messwerte von
2132 Verbrennungsmotoren werden manipuliert und der amerikanische Präsident leugnet den
2133 Klimawandel. Traurige Aussichten für den Klima- und Umweltschutz als globale Aufgabe.
2134 Umso wichtiger ist es, sich wieder verstärkt um den internationalen Klimaschutz zu kümmern.
2135 Wir brauchen unbedingt ein verbindliches Nachfolgeabkommen zu Kyoto, um die
2136 Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. So sperrig sich China und die USA als
2137 größte CO₂-Emittenten dabei verhalten, Deutschland und Europa müssen ihre internationale
2138 Umweltpolitik verstärken und eine Vorreiterrolle übernehmen. International – das bedeutet
2139 auch sich mit den Ländern des Südens zu verbünden und unsere Entwicklungszusammenarbeit

2140 so zu steuern, dass Entwicklung, Wachstum und Wohlstand im Einklang mit Natur und
2141 Umwelt stehen können. Das bedeutet auch, dass die fremdbestimmte Ausbeutung der armen
2142 Länder, die Ausbeutung ihrer Ressourcen ein Ende haben muss.

2143

2144 Allerdings lohnt es auch vor der eigenen Haustür zu kehren: Klimaschutz ist auch nationale
2145 Aufgabe, die nicht zuletzt gesetzlich festgeschriebene langfristige (nachhaltige)
2146 Klimaschutzziele definiert.

2147

2148 Dazu gehören zum Beispiel eine energieeffiziente und klimagerechte Bau- und
2149 Stadtentwicklung, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Aufbau dezentraler
2150 Versorgungsstrukturen und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die sich auf
2151 Wiederverwertung von Produkten, die Wiedergewinnung von Rohstoffen und die
2152 Ressourcenschonung, das heißt auch Abfallvermeidung, konzentriert.

2153

2154 Finanzen

2155

2156 Deutschland ist im internationalen Vergleich erfolgreich. Die Wirtschaft wächst und die
2157 Beschäftigungslage ist gut. Soziale Gerechtigkeit ist dabei eine unverzichtbare Grundlage
2158 dieser positiven Entwicklung. Sie hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie stärkt das
2159 Zusammenleben in Deutschland und Europa und würdigt die Leistung jedes Einzelnen und
2160 macht unser Land sicherer. Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand. Jeder und jede Einzelne sind
2161 wichtig in unserer Gesellschaft: die Mutter, die ihren Kindern noch schnell vor der Schule das
2162 Pausenbrot zusteckt und im 24-Stunden-Dienst ihren kranken Vater pflegt, genauso wie die
2163 Managerin, die sich um tausende Arbeitsplätze kümmert, der Lehrer, der mit
2164 nervenaufreibender Arbeit für gute Bildung sorgt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
2165 die tagein tagaus Wohlstand schaffen, der Banker, der uns in Geldsachen berät, die
2166 Staatsdiener, die unser Gemeinwesen organisieren, die Krankenschwester und Ärztin, der
2167 Feuerwehrmann – Arbeit und Engagement schaffen Werte.

2168

2169 Und doch ist unsere Gesellschaft viel mehr als die Summe der einzelnen Individuen. Deshalb
2170 müssen wir jeden Tag für soziale Gerechtigkeit einstehen und das Erreichte gegen
2171 Ungerechtigkeiten, gegen Egoismus, Machtmissbrauch, Volksverhetzer*innen und
2172 Unterdrückung verteidigen. Unser Gemeinwesen bietet viel mehr als sich alle einzelnen jemals
2173 leisten können. Auch der Reichste kann sich kein Straßennetz leisten, und auch der beste
2174 Unternehmer kommt ohne Arbeitnehmer*innen und ohne Kunden nicht zurecht.

2175

2176 Die Finanzpolitik kümmert sich um die Einnahmen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen
2177 Aufgaben. Sämtliche Steuern, die einzelne Bürger bezahlen, erhalten sie als Gemeinschaft
2178 zurück. Sich frei und sicher bewegen zu können, Orte für die Kinderbetreuung und für
2179 lebenslange Bildung zu finden, Hilfe bei der Pflege im Alter und ein Gesundheitssystem bei
2180 Krankheit, eine auskömmliche Altersversorgung auf einem würdevollen Niveau – all dies will
2181 finanziert sein. Aber auch die Verteidigung des Friedens und die Sicherheit innerhalb des

2182 Landes ebenso wie die Straßen, Brücken und ein Schienennetz verdanken wir den
2183 Steuereinnahmen.

2184 Kluge Finanzpolitik hat auch viel mit Friedenspolitik und Umweltpolitik zu tun. So gilt es darauf
2185 zu achten, die absolute Ausbeutung von Mensch und Erde zu verhindern und den egoistisch
2186 getriebenen Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu begrenzen. Auch die
2187 fortschreitende aggressive Privatisierung der letzten Rohstoffreserven der Welt bei
2188 gleichzeitiger Kumulation des gesamten Weltvermögens in wenigen Händen müssen
2189 verhindert werden. Reicheghettos mit hohen Zaunanlagen machen auch den Reichen auf
2190 Dauer keine Freude. Das gilt im Dorf, in der Stadt und auch für Deutschland.

2191

2192 Wir leben in Deutschland in einem wunderbaren Land, in dem es im Durchschnitt Allen gut
2193 geht. Dabei ist es kein Widerspruch, einerseits in der Zeitung zu lesen, dass die wirtschaftliche
2194 Lage in Deutschland exzellent ist und es den Bürgern gut geht, und andererseits auf große
2195 Ungleichheit und Armut hinzuweisen, denn leider ist der Durchschnitt ein großer Lügner. Er
2196 versteckt, wie fantastisch es einigen wenigen geht, und er verschweigt, dass gleichzeitig Viele
2197 von Armut bedroht, in Armut leben oder auch nur befürchten, es könnte ihnen künftig
2198 schlechter gehen. Manchmal verkriecht sich die Armut, um die Würde zu retten, und dort, wo
2199 sie offen auf uns zukommt, machen viele einen Bogen. Jenen in der Mitte geht es ganz gut,
2200 aber sie sind mit Blick auf die Zukunft nicht ohne Sorge. Deshalb ist es so wichtig, politisch
2201 nicht nur auf Sicht zu fahren wie im Nebel, sondern langfristig geplante Schritte in Richtung
2202 einer guten Zukunft zu gehen.

2203

2204 Für uns, also die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich der Gerechtigkeit
2205 verschrieben haben, ist dies eine riesige Aufgabe. Ein Werkzeug zur Lösung dieser Aufgabe ist
2206 die Organisation von Teilhabe. Es geht auf der einen Seite darum, dass alle von allem ihren
2207 gerechten Teil haben – an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente, Kultur,
2208 Sicherheit, Freizeit, aber auch an Demokratie und Zugang zu öffentlichen Gütern.

2209

2210 Andererseits beteiligen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach Können und Vermögen an der
2211 Lösung und Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Einige haben schon alles gegeben, wenn
2212 sie ihre Arbeit und ihre Ideen gegeben haben, andere können darüber hinaus auch noch Geld
2213 geben.

2214

2215 Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche Verteilung von Einkommen und
2216 Vermögen die Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also nicht um Gleichheit oder
2217 Gleichmacherei, sondern um vergleichbare Lebenschancen.

2218

2219 Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerechtigkeit. Wir sagen: starke
2220 Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Bei Gering- und Mittelverdienern
2221 besteht ein Entlastungsbedarf. Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen
2222 tragen dagegen nicht genug zur Finanzierung des Gemeinwesens bei – das klingt hart, denn
2223 gerade Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen tragen tatsächlich schon
2224 einen besonders großen Anteil für die Gemeinschaft bei. Wenn wir aber fragen: was bleibt

2225 einzelnen, nachdem sie Steuern bezahlt haben? Dann sehen wir, dass manchen am Tag mehr
2226 bleibt als andere im ganzen Jahr zur Verfügung haben.

2227 Unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild, das
2228 vielfach die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr gut abbildet:

2229

- 2230 • Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich inzwischen relativ hoch
2231 besteuert werden, liegen die Steuern auf Vermögen und auch die realen
2232 Unternehmenssteuern in Deutschland relativ niedrig. Nutznießer*innen waren
2233 Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende.
- 2234 • Die Einkommensunterschiede wurden im Zeitverlauf immer größer. So liegt das
2235 Bruttodurchschnittseinkommen bei etwa 30.000 € pro Jahr, es gibt aber auch Einkommen
2236 von über 40.000 € – am Tag. Die zunehmende Einkommensspreizung bleibt im
2237 Einkommenssteuertarif unberücksichtigt. Der Spitzensteuersatz ist im internationalen
2238 Vergleich zu gering und wird bereits ab dem doppelten Durchschnittseinkommen erreicht.
- 2239 • Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der
2240 Einpersonenerdienerfamilie orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden
2241 zum Beispiel bleibt unberücksichtigt.
- 2242 • Auch dass etwa 80 % des gesamten Vermögens durch Erbschaft und nicht durch eigene
2243 Leistung entstanden ist, bleibt im gegenwärtigen Steuersystem unberücksichtigt.
- 2244 • Die Unternehmensbesteuerung eröffnet grenzüberschreitend tätigen Konzernen immer
2245 noch zu viele Möglichkeiten, ihre Steuerbelastung durch Gewinnverlagerung und
2246 Gewinnkürzung zu minimieren. Mit den Argumenten „Freiheit des Marktes“ und
2247 „Bürokratie“ wurden Schlupflöcher von der größten Fraktion im Bundestag bisher bewusst
2248 in Kauf genommen oder sogar bewusst offengehalten. Der Gemeinschaft gehen Milliarden
2249 verloren.

2250

2251 Durch die fehlende Kassenpflicht, fehlende Bonausgabepflicht und fehlende softwarebasierte
2252 Sicherheitslösungen wurde bisher die systematische Betrugsbekämpfung, etwa durch
2253 manipulierbare Kassensysteme, verhindert.

2254 Kurz: unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Dies
2255 wollen wir ändern.

2256

2257 Auch in der Unternehmensbesteuerung treffen wir auf gravierende Gestaltungsanstrengungen
2258 einzelner Unternehmen, oft mit Sitz in anderen Staaten. Steuerpolitik braucht Außenpolitik
2259 und Diplomatie und keine Oberlehrerallüren, denn der Steuerwettbewerb der Staaten –
2260 konkurrierende Steuersysteme und Steuersätze – lädt erst zu grenzüberschreitender
2261 Steuerumgehung ein.

2262

2263 Darüber hinaus richten kriminelle Steuerhinterziehung und Kassenbetrug großen Schaden an.
2264 Denn immer, wenn sich Einzelne kriminell der Steuer entziehen, ist das zum Schaden der
2265 Ehrlichen. Diese gravierende Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.

2266 Die sowohl für den sozialen Frieden als auch für das Wirtschaftswachstum gefährliche
2267 Konzentrationsentwicklung bei den Vermögen zeigt, wie wichtig eine faire Besteuerung der
2268 Vermögen ist.

2269

2270 Steuerpolitische Ziele

2271

2272 Gering und Mittelverdiener sollen entlastet werden. Dies kann neben einer Absenkung der
2273 Sozialabgaben durch eine Absenkung der Einkommensteuerbelastung erfolgen. Dazu wollen
2274 wir die Tarifstruktur so verändern, dass es zu einer prozentualen Entlastung bei den unteren
2275 und mittleren Einkommen kommt, und der Spitzensteuersatz mit 49 % bei einem Einkommen
2276 von 100.000 € liegt. Die tatsächlich zu bezahlende Steuer liegt dann bei einem Einkommen von
2277 100.000 € weit unter 40 %.

2278

2279 Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen und in die Einkommensteuer integrieren.

2280

2281 Gewinne aus der Veräußerung privater Immobilien sollen unabhängig von Haltefristen mit 25
2282 % besteuert werden. Das selbstgenutzte Eigenheim werden wir davon ausnehmen.

2283

2284 Familien mit Kindern wollen wir steuerlich entlasten. Besonders Familien mit geringen
2285 Einkommen werden wir durch ein einkommensabhängiges Kindergeld stärker fördern. Dazu
2286 werden wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag zusammenlegen.

2287

2288 Alleinerziehende werden wir besserstellen. Den geltenden Entlastungsbetrag, von dem vor
2289 allem Alleinerziehende mit hohem Einkommen profitieren, werden wir in einen Abzug von der
2290 Steuerschuld umwandeln.

2291

2292 Die Besteuerung der Ehegatten wollen wir an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse
2293 anpassen. Das geltende Ehegattensplitting bevorzugt Ehegatten mit hohem Einkommen und
2294 fördert die Alleinverdiener Ehe. Um diese Fehlanreize zu beseitigen, wollen wir die
2295 Splittingwirkung begrenzen und die frei werdenden Mittel Familien mit Kindern zukommen
2296 lassen. Für alle bestehenden Ehen soll sich an dem bisherigen Ehegattensplitting nichts ändern.

2297

2298 Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern soll auf 500.000 € pro Jahr begrenzt
2299 werden und die Gesellschafterversammlung soll ein angemessenes Verhältnis der
2300 Managereinkommen zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten auf Vorschlag des
2301 Aufsichtsrats beschließen.

2302

2303 Besondere steuerliche Privilegien in der Mehrwertsteuer für einzelne Interessengruppen
2304 müssen überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.

2305

2306 Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist überfällig, denn die Banken und
2307 Spekulanten, die für die letzte große Krise am Finanzplatz mit verantwortlich waren, sollen so
2308 an den Folgekosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll damit der für das Finanzsystem

2309 nicht ungefährliche Hochfrequenzhandel von mehreren Millionen Transaktionen am Tag
2310 weniger attraktiv werden.

2311

2312 Um den unanständigen Steuerwettbewerb in Europa zu beenden, brauchen wir eine stärkere
2313 Annäherung der europäischen Unternehmensbesteuerung.

2314

2315 Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Basis, um auch künftig attraktiver
2316 Lebensmittelpunkt zu sein. Die Gewerbesteuer soll deshalb zu einer Gemeinde-
2317 Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden.

2318

2319 Das beste Steuersystem bleibt ohne Wirkung, wenn der Vollzug nicht gleichmäßig ist und die
2320 Kontrollmöglichkeiten lückenhaft sind. Deshalb müssen Justiz und Finanzverwaltung personell
2321 verstärkt werden. Dies gilt insbesondere in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und beim
2322 Zoll.

2323

2324 Den Solidaritätszuschlag, ein Zuschlag auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und
2325 Körperschaftsteuer, wollen wir nach und nach in dem Maße abschaffen, wie die Notwendigkeit
2326 von Neubau und Sanierung der Infrastruktur (Schulen, Wohnungsbau, digitale Netze, Straßen,
2327 Brücken, Schleusen, Schienen ...) auch in den westlichen Bundesländern nachlässt.

2328

2329 Demografischer Wandel

2330

2331 Wer 1900 geboren wurde, hatte eine durchschnittliche Lebenserwartung von unter 45 Jahren,
2332 1950 lag sie bei 67 Jahren. Heute kann ein neugeborener Junge mit einer Lebenserwartung von
2333 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen mit über 80 Jahren rechnen. Wer heute schon 60 Jahre
2334 alt ist, kann sich – wieder im Durchschnitt – auf weitere 25 Jahre freuen. Aber auch die
2335 Jugendzeit hat sich verändert. Früher begann der Start ins Berufsleben oft im Alter von 14
2336 Jahren, Kinder und Familiengründung ließen nicht lange auf sich warten. Heute fühlen wir uns
2337 bis zum 35. Lebensjahr als „Jungsozialisten“ und der Jugendwahn in vielen Unternehmen
2338 steuert Arbeitnehmer ab 50 als „zu alt“ aus.

2339

2340 Wenn wir von den Klageliedern der „Überalterung“ oder seit einiger Zeit der „Unterjüngung“
2341 absehen, realisiert die AG 60 plus, dass diese Entwicklung im politischen Raum nicht die
2342 hinreichende Beachtung erfährt. Eine Ursache dafür ist die Reduktion oder die Definition des
2343 Alters in einem Defizit-Modell. Wissenschaftlich ist diese Reduktion längst widerlegt, wir
2344 wollen diese Erkenntnisse in den kommenden Jahren für politische Entscheidungsprozesse
2345 aufbereiten.

2346

2347

2348

2349

2350

2351 **Resolution: Rente muss zum Leben reichen**

2352

2353 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Bezirk Hessen-Süd**

2354

2355 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

2356 **Beschlussempfehlung: Annahme**

2357

2358 Die umlagenfinanzierte, solidarische, gesetzliche Rente bleibt die Hauptsäule der
2359 Altersfinanzierung. Sie muss gestärkt und in der Höhe an einem würdevollen Lebensstandard
2360 orientiert sein.

2361

2362 Deshalb ist ihr Niveau auf oberhalb von 50 Prozent zurückzuführen und zu stabilisieren. Die
2363 jetzigen Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren sind abzuschaffen. Das Renteneintrittsalter ist
2364 herabzusetzen, flexibilisierte Eintritte sind ohne drastische Abschlüsse möglich zu machen.
2365 Perspektivisch ist sie zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle auszubauen.

2366 Die Grundsicherung ist deutlich zu erhöhen. Ein Gutteil der Bruttorente ist von der Anrechnung
2367 auf die Grundsicherung freizustellen.

2368

2369 Die Situation von Frauen, die oft Kinder- und Pflegeunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung
2370 und Arbeit im Niedriglohnbereich nachgehen, verdient darin eine besondere Förderung und
2371 Ausgestaltung. Ebenso gilt dies für Erwerbsminderungsrenten.

2372

2373 Die private Vorsorge (insbesondere die s.g. Riesterrente) ist angesichts der relativ hohen Kosten
2374 und der niedrigen Zinsen keine ernstzunehmende Ergänzung der gesetzlichen Rente. Für
2375 bestehende Verträge sollten Vertrauensschutzregelungen geschaffen werden, neue Verträge
2376 nicht mehr gefördert werden.

2377

2378 Betriebliche Altersvorsorge ist ebenfalls keine realistische Säule zur Vermeidung von
2379 Altersarmut. Kürzere Betriebsbindungen, Scheinselbständigkeiten, Zeitbeschäftigungen,
2380 crowd- und clickworking haben bereits jetzt die ursprünglich angenommenen
2381 Voraussetzungen unterminiert und werden die Formen der Betriebsrenten weiter schwächen.
2382 Aktuell und auf weitere Sicht werden die Niedrigzinsen den Kapital gedeckten
2383 Finanzierungsformen weiter negativ zusetzen.

2384

2385 Auf der Finanzierungsseite muss es zuerst darum gehen, durch eine entsprechende
2386 Arbeitsmarktpolitik möglichst viele Menschen in sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse
2387 zu bringen. Zudem sind durch gesetzliche Regelungen die prekären Beschäftigungen
2388 zurückzuführen und der Mindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich schlägt die Produktivität einer
2389 Volkswirtschaft die Demografie. Daran ist auch für die Zukunft wirtschaftspolitisch zu
2390 arbeiten. Gleichzeitig müssen die durch die Digitalisierung drohenden Risiken vorausschauend
2391 gestaltet werden.

2392 Die der Rentenversicherung übertragenen Staatsaufgaben, z.B. die Anpassung der Ostrenten,
2393 die „Mütterrente“, sind aus Steuermitteln zu finanzieren.

2394 **Resolution: Forderungen zu einem solidarischen und gerechtem**
2395 **Generationenprojekt**

2396

2397 **Antragsteller: AG SPD 60 plus Landesverband Saarland**

2398

2399 **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

2400 **Beschlussempfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission**

2401

2402 Wir fordern:

2403

2404 1.) Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen
2405 „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet
2406 werden.

2407

2408 2.) Die geforderte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der
2409 genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Rentenniveau von
2410 mindestens ~~60%~~ 50%.

2411

2412 3.) Deshalb erwarten wir als erste Voraussetzung eine Reform der
2413 Rentenformel. Es muss wieder der Grundsatz gelten:
2414 **„Die Renten folgen wieder den Löhnen“.**

2415

2416 4.) Die eingeführte Abkoppelung von den Löhnen durch Dämpfungs-
2417 Faktoren ist zu streichen. Dies gilt für den „Nachhaltigkeitsfaktor“
2418 ebenso wie den „Riester-Faktor“.

2419

2420 5.) Zur Vermeidung des Armutsrisikos erwarten wir eine Anhebung des
2421 Mindestlohnes auf ein europäisches Niveau vergleichbarer Länder in
2422 Westeuropa.

2423

2424 6.) Wir fordern die Schaffung einer Regelung der Rentenhöhe nach
2425 Mindestentgeltpunkten als Dauerlösung, um damit eine
2426 Grundsicherung zu erreichen und zu vermeiden, dass trotz
2427 langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfreie Rente erworben wird.

2428

2429 7.) Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten muss verhindert
2430 werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind
2431 abzuschaffen.

2432

2433 8.) **Riester-Rente:** Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge
2434 durch den Staat (Riester-Förderung) hat die Erwartungen nicht
2435 erfüllt. ~~Es ist eine Stagnation eingetreten. Vor allem in kleinen und~~

2436 ~~mittelständischen Unternehmen besteht noch ein erheblicher~~
2437 ~~Nachholbedarf. In verschiedenen Branchen, insbesondere dort, wo~~
2438 ~~keine Tarifbindung besteht, ist die Verbreitung äußerst gering.~~

2439

2440 **Wir fordern deshalb**, dass die Verbindlichkeit der bestehenden
2441 Verträge umfänglich bestehen bleibt. Eine weitere Förderung neuer
2442 Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht mehr.

2443

2444 9.) **Entgeltumwandlung:** Eine Entgeltumwandlung **bei Betriebsrenten** lehnen wir
2445 ab, bis die Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag zu
2446 leisten. In jedem Falle muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die
2447 umgewandelten Einkommen entfallen.

2448 Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die
2449 Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen
2450 Rentenversicherung durch Steuermittel auszugleichen.

2451

2452

2453 **Eine reformierte, solidarische und umlagenfinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist Kern**
2454 **für die Lebensstandardsicherung.**

2455

2456 10) Wir fordern: **Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und**
2457 **konsequent zur Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln.**

2458

2459 Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller
2460 erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten
2461 Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen
2462 Rentenversicherung durchzuführen. ~~ohne dass dadurch ihre Höhe das Kollektiv~~
2463 ~~schädigende Ansprüche entstehen können.~~

2464

2465 **Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters,**
2466 **der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für Alle zu**
2467 **erreichen.**

2468

2469 11) **Wir fordern eine Erwerbstätigenversicherung für Alle, in der**
2470 **die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler,**
2471 **Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.**

2472

2473 Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern
2474 wir die Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbständigen und vor
2475 allem der Soloselbständigen. Damit werden wir der steigenden Zahl der
2476 Altersarmut entgegenwirken.

2477

2478 12) **Finanzierung – Wir fordern deshalb:**

- 2479 - den Aufbau eines Demographie-Fonds, wie ihn auch der DGB
2480 vorgeschlagen hat. Deshalb muss auf Beitragssenkungen verzichtet
2481 werden.
2482
2483 - Die Beitragssätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht
2484 und in den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur
2485 Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen
2486 Rentenversicherung eingesetzt.
2487
2488 - Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der
2489 Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss
2490 dementsprechend entfallen.
2491
2492 - Bei dem gewollten früheren Erreichen der z.Zt. festgelegten
2493 Beitragsobergrenze von 22% ist zu prüfen, ob die dann erreichte
2494 Rücklage ausreicht, um die Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder
2495 ob die Regelung einer maßvollen Erhöhung der Beiträge bis zu einem
2496 für die Arbeitnehmer noch tragfähigeren Beitragssatz fortgesetzt
2497 werden muss.
2498

2499 13) Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen

2500 Wir fordern:

- 2501 - Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus
2502 Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit.
2503 - Die Aufwendungen – z.B. für die „Mütterrente“ oder der
2504 Grundsicherung für Selbständige ohne Altersabsicherung –
2505 müssen in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden.
2506

2507 **Fazit:**

2508 Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunftssicheres Alterssicherungs-
2509 system, das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für Alle bietet. Es
2510 schafft Sicherheit für die Planung der Jüngeren. Es verringert die Angst von Frauen und
2511 Männern, nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die
2512 Älteren können sicher sein, am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in
2513 Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist
2514 damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unseres Landes
2515 geschaffen.
2516